

Jahresabschluss und Lagebericht 2002

der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG



DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG

Inhalt

Lagebericht	2
Risikobericht	7
Bilanz	20
Gewinn- und Verlustrechnung	24
Anhang	26
A Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	26
B Erläuterungen zur Bilanz	27
C Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	36
D Angaben zum Hypothekenbankgeschäft	37
E Sonstige Angaben	40
Bestätigungsvermerk	53
Bericht des Aufsichtsrats	55
Entsprechenserklärung	58

Lagebericht zum 31.12.2002

DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG

Auf Grundlage der Entscheidungen der außerordentlichen Hauptversammlung vom 15. Oktober 2001 fanden im Berichtszeitraum die angekündigten Schritte zur Reorganisation der DEPFA Gruppe statt. Die strategische Neuausrichtung hatte zwei Ziele, die mittlerweile vollständig umgesetzt sind:

- Zum einen die Trennung der ehemaligen DEPFA Gruppe in zwei eigenständige Banken, in die DEPFA BANK plc (Staatsfinanzierungsgeschäft) und in die Aareal Bank (Immobilienaktivitäten).
- Zum anderen sah die Neuausrichtung die Verlagerung des Hauptsitzes der Staatsfinanzierungsbank nach Irland vor.

Heute ist die DEPFA BANK plc als Universalbank mit Sitz in Dublin Obergesellschaft des Staatsfinanzierungskonzerns. Die DEPFA Deutsche Pfandbriefbank, vor der Teilung Obergesellschaft des gesamten Konzerns, ist heute Tochtergesellschaft der DEPFA BANK plc. Deren Beteiligungsquote betrug zum Jahresultimo 98,25%. Die Reorganisation hatte für die DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG Auswirkungen auf die GuV und die Bilanz.

Die DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG verfügt über eine Patronatserklärung der DEPFA BANK plc. Die Patronatserklärungen der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG für die DEPFA Investment Bank Ltd., Nikosia, ist ersetzt worden durch eine entsprechende Erklärung der DEPFA BANK plc. Die Patronatserklärung gegenüber der Aareal Bank France S.A., Paris, ist zurückgezogen worden. Die Ratings der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG sind identisch mit denen der Muttergesellschaft, die langfristigen Verbindlichkeiten werden von Fitch, Moody's und Standard & Poor's mit AA-/Aa3/AA- (stabiler Ausblick) bewertet.

Ertragslage

Einige Transaktionen zur Neuausrichtung des Konzerns haben sich bereits in der Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2001 ausgewirkt. So enthielt bspw. der erweiterte Zinsüberschuss des Jahres 2001 180,4 Mio € Beteiligungserträge von der Aareal Bank AG, die im Geschäftsjahr 2002 entfielen. Der erweiterte Zinsüberschuss reduzierte sich deshalb um 48,3% auf 181,8 Mio €. Nach Bereinigung dieser Faktoren ergibt sich eine leichte Steigerung des Zinsüberschusses. Der Provisionsüberschuss stieg um 1,8 Mio € auf 10,7 Mio €.

Der Personalaufwand 2002 ist von einigen Sonderfaktoren geprägt. Er fiel im Jahr 2002 um 19,6% auf 45,8 Mio €, der Rückgang reflektiert den Übergang von einer Konzernobergesellschaft zu einem Tochterunternehmen. Einsparungen entstanden vor allem durch die Übertragung zentraler Stabsfunktionen auf die Konzernobergesellschaft. Die Auswirkungen der Reorganisation sind in einem gesonderten Kapitel des Lageberichts dargestellt. Als Sonderfaktoren sind im Personalaufwand des Jahres 2002 sowohl Aufwendungen für den „Long Term Incentive Plan“ des Managements als auch Sonderzahlungen an Mitarbeiter aufgrund der hohen Belastungen aus dem Teilungsprozess enthalten. Der gesamte Verwaltungsaufwand sank um 16,0% auf 93,5 Mio €.

Die sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen waren mit 20,7 Mio € im Saldo deutlich rückläufig (–25,8%). Der Hintergrund hierzu ist, dass ein bestehender Vertrag über zu erbringende Dienstleistungen zwischen der Aareal Bank und der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank im Vorjahr noch zu deutlich höheren Erträgen geführt hatte, die eine Erstattung von Personal- und Sachkosten darstellten.

Der Risikovorsorgesaldo (+12,4 Mio € nach –89,9 Mio €) enthält zum einen positive Erträge aus der Veräußerung von Aktiva in Höhe von 56,0 Mio € und zum anderen Aufwendungen im Kreditgeschäft in Höhe von 43,6 Mio €. Die Realisierung von Erträgen aus dem Verkauf von Staatsfinanzierungen resultiert aus einem aktiven Bilanzmanagement, das Teil der geschäftlichen Ausrichtung der DEPFA ist. Die Aufwendungen aus dem Kreditgeschäft sind im Rahmen der Übertragung eines großen Teils des Immobilienkreditportfolios und zugehöriger Zinsderivate entstanden und spiegeln im Wesentlichen negative Marktwerte der Derivate wider.

Das Betriebsergebnis belief sich auf 132,1 Mio €, ein Rückgang in Höhe von 29,5% gegenüber dem Geschäftsjahr 2001.

Unter der Position „Wertveränderung Beteiligung“ weisen wir einen Betrag in Höhe von 532,7 Mio € aus. Dieser Ertrag resultiert aus den Veräußerungsgewinnen im Rahmen der konzerninternen gesellschaftsrechtlichen Umstrukturierung (im Wesentlichen aus Veräußerungsgewinnen der DePfa-Bank Europe, der Aareal Bank sowie der DePfa Property Services). Diese Gewinne konnten steuerfrei vereinnahmt werden. Aufwendungen aus Verlustübernahme entstanden in Höhe von 41,6 Mio €. Dies sind im Wesentlichen Bewertungsergebnisse, die aufgrund der Übertragungen an die Aareal Bank entstanden. Nach Berücksichtigung der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil in Höhe von 2,4 Mio € und Steueraufwendungen von 36,3 Mio € belief sich der Jahresüberschuss auf 589,3 Mio € (90,0 Mio € im Jahr 2001).

Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, eine Dividende in Höhe von 0,25 € je Aktie zu zahlen.

Aktivgeschäft

Ende 2002 betrug das Finanzierungsvolumen 72,0 Mrd € (nach 82,3 Mrd € Ende 2001). Hiervon entfiel der Großteil, 64,1 Mrd €, auf Staatsfinanzierungen. Näher aufgeschlüsselt entfallen hiervon 43,8 Mrd € auf Kredite und 20,3 Mrd € auf Anleihen. Die Neuzusagen im Bereich Staatsfinanzierungen erreichten 10,0 Mrd €, davon entfielen 5,5 Mrd € auf das Geschäft in Deutschland. Bei den Immobilienfinanzierungen kam es wie geplant zu einem Rückgang um 53,0% auf 5,6 Mrd €. Dies ist auf die Einstellung des Neugeschäftes sowie auf die Übertragung von Immobilienkrediten auf die Aareal Bank zurückzuführen. Zudem sind Immobiliendarlehen in Höhe von ca. 2 Mrd € durch Verbriefungen risikomäßig neutralisiert.

Passivgeschäft

Zum 31.12.2002 betrugen die Refinanzierungsmittel der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG 68,9 Mrd € (nach 71,3 Mrd € im Vorjahr). Hiervon entfallen 63,8 Mrd € auf Schuldverschreibungen und 5,1 Mrd € auf Schuldscheindarlehen. Neu aufgenommen wurden im Berichtsjahr 7,9 Mrd € (nach 9,5 Mrd € im Vorjahr).

Bilanz

Gegenüber dem Bilanzstichtag Ende 2001 sank die Bilanzsumme zum 31.12.2002 um 13,5% auf 94,5 Mrd €. Das Geschäftsvolumen, in das zusätzlich die von der Bank übernommenen Bürgschaftsverpflichtungen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen einbezogen sind, sank von 111,6 Mrd € auf 96,6 Mrd €.

Haftendes Eigenkapital

Zum 31.12.2002 betrug das Eigenkapital gemäß § 10 KWG 2,1 Mrd €. Das Kernkapital belief sich auf 1,1 Mrd €, das Ergänzungskapital auf 1,0 Mrd €. Die Kernkapitalquote gemäß KWG lag bei 17,3% bei einer Gesamtkapitalquote von 32,9%. Die von Hypothekenbanken zu beachtende Begrenzung der Mittelaufnahme durch das Eigenkapital (Umlaufgrenze) war im Jahresverlauf zwischen 70 und 76% in Anspruch genommen.

Derivate

Die DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG darf Derivate lediglich zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken einsetzen, um Marktpreisschwankungen auszugleichen. Ende 2002 beliefen sich die derivativen Finanzierungsinstrumente auf 119,2 Mrd €.

Personalbericht

Die strategische Neuausrichtung hatte naturgemäß auch Auswirkungen auf die Mitarbeiter der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG. Im Durchschnitt des Jahres 2001 waren 551 Mitarbeiter im Unternehmen beschäftigt, mit der Teilung des Konzerns wechselte der Großteil der Mitarbeiter zur Aareal Bank AG. Nach der Teilung im Juni 2002 waren 135 Mitarbeiter in der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank beschäftigt. Der Hauptsitz des Unternehmens wurde von Wiesbaden nach Frankfurt verlegt.

Mit der Neustrukturierung und der Verlegung der Konzernzentrale nach Dublin hat sich die Corporate Identity des DEPFA Konzerns gewandelt. Sie ist heute eine irische Bank mit europäischem Heimatmarkt. Der erfolgreiche Ausbau des weltweiten Staatsfinanzierungsgeschäftes erfordert von allen Mitarbeitern weltweit einen hohen Einsatz, der sowohl mit beruflichen Perspektiven als auch einem attraktiven Vergütungssystem verknüpft ist. Es basiert auf drei Säulen und bindet jeden Einzelnen eng an das Geschäftsmodell und dessen Erfolg. Die DEPFA BANK hat sich gegenüber dem Kapitalmarkt für die kommenden Jahre zur Erreichung klar definierter Ziele verpflichtet, die die Grundlage der variablen Vergütung bilden. Über das jeweilige Festgehalt hinaus, werden die Mitarbeiter durch Cash-Boni und einen Aktien-Plan direkt am Unternehmenserfolg beteiligt.

Altersstruktur DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG per 31.12.2002

Lebensalter in Jahren	weibl.	männl.	Gesamt	in %	in % kumuliert
Bis 29	8	5	13	12,0%	12,0%
30–39	32	31	63	58,4%	70,4%
40–49	10	13	23	21,3%	91,7%
50–59	2	6	8	7,4%	99,1%
Ab 60	0	1	1	0,9%	100,0%
Gesamt	52	56	108	100,0%	
Durchschnittsalter in Jahren	36,0	38,8	37,5		

Ausblick

Die strategische Neuausrichtung der ehemaligen DEPFA Gruppe ist abgeschlossen. Die Obergesellschaft des neuen Staatsfinanzierungskonzerns ist die DEPFA BANK plc, Dublin. Die DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG, Frankfurt, ist als Tochtergesellschaft im Rahmen des Konzerns schwerpunktmäßig für das deutsche Staatsfinanzierungsgeschäft sowie für die langfristige Refinanzierung – insbesondere über gedeckte Schuldverschreibungen – zuständig. Sie verfügt zudem über eine Filiale Tokio, über die sie seit der jüngsten Liberalisierung des Hypothekendarlehenbankgesetzes in der Lage ist, japanische Staatsfinanzierungen auf die Bücher zu nehmen. Auf Grund ihres Status als Hypothekendarlehenbank unterliegt die DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG weiterhin den Bestimmungen des deutschen Hypothekendarlehenbankgesetzes. Die Ertragslage des Jahres 2003 und der Folgejahre wird nur noch in geringem Umfang von den Nachwirkungen der strategischen Neuausrichtung geprägt sein. Insbesondere sollten bei den Kosten und den Vorsorgemaßnahmen durch den Wegfall von Sonderfaktoren deutlich geringere Aufwendungen zu verzeichnen sein. Wir sind zuversichtlich, dass die operative Ertragslage weiterhin verbessert werden kann. Nach abgeschlossener Neuausrichtung sehen wir die zukünftigen Risiken vorwiegend im Bereich der Marktrisiken. Diese werden durch das Risiko-Controlling und Risikomanagement der DEPFA BANK sehr präzise erfasst und gesteuert. Die sehr gute Eigenkapitalausstattung steht darüber hinaus für ein angemessenes Risiko-Ertrags-Profil der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG. Nähere Angaben hierzu finden sich im Risikobericht.

Bericht des Vorstandes über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Wir erklären, dass die DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG bei jedem Rechtsgeschäft mit verbundenen Unternehmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt der Vornahme der Rechtsgeschäfte bekannt waren, angemessene Gegenleistungen erhalten hat.

Risikobericht

1. Die Einbettung der Pfandbriefbank in das Risikomanagementsystem der DEPFA Gruppe

Ein wesentliches Charakteristikum des Bankgeschäfts liegt in der Transformation ökonomischer Risiken. Daher ist der zielorientierte Umgang mit Risiken auf der Grundlage eines professionellen Risikomanagements zur Sicherung der Existenz und der Profitabilität eines Unternehmens essentiell. Die Forderung nach einem effektiven Risikomanagement wird darüber hinaus verstärkt, auch von unternehmensexternen Kreisen, wie z.B. Investoren, Gesetzgeber, Bankenaufsicht, Analysten, Rating-Agenturen, Wirtschaftsprüfer, erhoben.

Um sowohl den betriebswirtschaftlichen und gesetzlichen Erfordernissen als auch dem wachsenden Informationsbedürfnis der Kapitalmarktteilnehmer zu entsprechen, hat die DEPFA Gruppe in den letzten Jahren ein umfassendes System zur Identifizierung, Messung, Früherkennung und Steuerung von Risiken als integralen Bestandteil ihrer Geschäftsprozesse aufgebaut. Die DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG (im folgenden „Pfandbriefbank“ genannt) ist als Konzerngesellschaft in diese Systeme integriert.

Die Teilung der alten DEPFA Gruppe und die Umstrukturierung der neuen DEPFA in einen irischen Konzern hatte auf das Risikomanagementsystem der Pfandbriefbank mehrere Auswirkungen:

Als nahezu 100%ige Tochtergesellschaft der DEPFA BANK plc ist die Pfandbriefbank nunmehr in das Risikomanagementsystem der DEPFA BANK mit Sitz in Dublin eingebettet. Durch die Abspaltung des Immobiliengeschäftes und der weitgehenden Übertragung des Kreditrisikos auf Dritte hat der Komplex der Immobilienkreditrisiken praktisch keine Bedeutung mehr. Bedingt durch einen Wechsel der Systemlandschaft in der neuen DEPFA BANK wurden auch die Systeme zur Risikomessung Mitte des Jahres neu implementiert und verbessert.

Auf Konzernebene hat die Muttergesellschaft DEPFA BANK plc mehrere Ausschüsse des Verwaltungsrates eingesetzt, die sich mit der Steuerung von Risiken befassen.

- **Asset & Liability Committee**

Dieser Ausschuss befasst sich mit der Aktiv-Passiv-Steuerung sowie den Marktrisiken im Konzern.

- **Asset Management Committee**

Dieser Ausschuss befasst sich mit der Diversifikation und Optimierung des Aktiv-Portfolios.

- **Credit Committee**

Dieser Ausschuss ist verantwortlich für die Festlegung von Einzelkredit- und Länderrisiken, wobei sich ein Unterausschuss (Country Risk Committee) insbesondere mit der Thematik der Länderrisiken befasst.

- **Executive Committee**

Dieser Ausschuss koordiniert die Aktivitäten der verschiedenen Konzernfunktionen und Einheiten. Der Chief Operating Officer, Mitglied im Executive Committee, ist für die Steuerung der operationellen Risiken im Konzern verantwortlich.

In der Pfandbriefbank liegt die Verantwortung für die Steuerung der Risiken der Bank beim Vorstand, der jeweils auf der Basis von Vorschlägen, die die o.g. Konzernausschüsse formulieren, entscheidet. Innerhalb des Vorstandes sind die Zuständigkeiten in Konformität mit den Mindestanforderungen für Handelsgeschäfte individuell zugeordnet. Die Messung und Kontrolle der Einhaltung von Limiten, die der Vorstand gesetzt hat, liegt in der Zuständigkeit der entsprechenden Fachabteilungen Market Risk, Rechnungswesen, Operations und Kredit.

2. Kreditrisiken

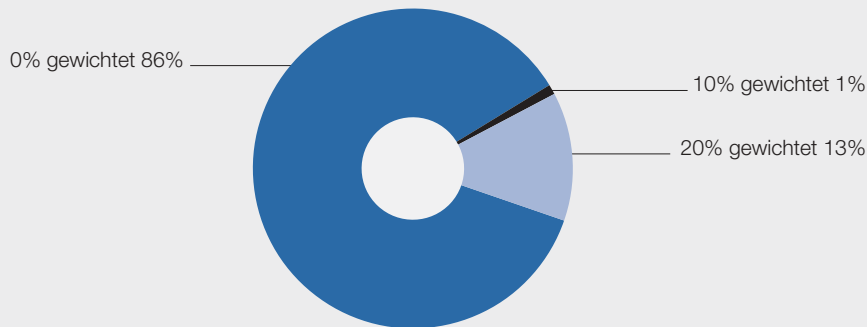
Unter Kreditrisiko versteht man die Gefahr der Wertminderung und des teilweisen oder vollständigen Verlustes einer Forderung aufgrund einer Bonitätsverschlechterung des Geschäftspartners. Die Forderung kann sowohl aus bilanzwirksamen (traditionelles Kreditgeschäft) als auch aus bilanzunwirksamen Geschäften (z.B. Kontrahentenrisiken aus derivativen Finanzinstrumenten) entstanden sein. Während sich im traditionellen Kreditgeschäft die Risiken aus der Bonität des Kreditnehmers und dem Wert der Sicherheiten begründen, liegen die Kontrahentenrisiken in der Gefahr der nicht vertragsmäßigen Erfüllung des Geschäftes durch den Kontrahenten.

2.1 Kreditrisiken im Staatsfinanzierungsgeschäft

Die Pfandbriefbank betreibt das Neugeschäft ausschließlich im Segment der Staatsfinanzierung. Das Geschäft ist klar auf staatliche und unterstaatliche Kreditnehmer sowie auf von der öffentlichen Hand geförderte Finanz- und Sonderinstitutionen ausgerichtet. Ferner werden Geschäfte mit ausgesuchten Finanzinstituten getätigt.

Das Staatsfinanzierungsgeschäft spiegelt sich in den Risikogewichtungen der Aktiva des Portfolios wider. Für 86% des bilanzierten Portfolios gilt eine Risikogewichtung von 0% nach BIZ Vorschriften, was die Konzentration auf staatliche und unterstaatliche Institutionen aufzeigt. Die nächstgrößte Kategorie wird gebildet durch Kontrahenten mit einer 20-prozentigen Gewichtung – hauptsächlich Gemeinden und Kreditinstitute mit staatlichem Hintergrund.

BIZ Risikogewichtung DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG (31.12.2002)



Das Portfolio ist breit gestreut und umfasst Kontrahenten in mehr als 40 Ländern. Um eine hervorragende Beurteilung des Deckungsstockes für Pfandbriefe und ein hohes Rating für die Bank zu sichern, konzentriert sich das Geschäft auf Kunden und Kontrahenten hoher Bonität.

Das DEPFA interne Rating System

Die Pfandbriefbank setzt bei der Steuerung und Messung der Kreditrisiken das Ratingsystem der Gruppe ein. Entsprechende Analysen, Auswertungen und Entscheidungsvorlagen werden im Zuge der Geschäftsbesorgung von der Kreditabteilung der Muttergesellschaft erledigt.

Die aktive Bonitätsbewertung der Kontrahenten ist ein zentrales Element bei der Konzentration der Aktiva auf höchstmögliche Ratings. Dabei wird das Bewertungsmodell der Bank laufend aktualisiert. In der jüngeren Vergangenheit hat die DEPFA ein einheitliches Bewertungssystem für alle vier wesentlichen Kreditrisikogruppen eingeführt:

- staatliche Kreditnehmer
- unterstaatliche Kreditnehmer
- Finanzinstitutionen
- Infrastrukturfinanzierungen

Das einheitliche Bewertungsmodell wurde dabei von ursprünglich 12 auf inzwischen 22 Ratingstufen erweitert. Aus dieser Erweiterung ergeben sich zwei Vorteile für die DEPFA. Neben der genaueren Risikoauswertung im Rahmen des Kreditrisikoprozesses entsprechen die Krediteinstufungen bestimmten Ausfallwahrscheinlichkeiten in jeder Risikogruppe und sind somit spezifisch auf die Erfüllung der Anforderungen des Konsultationspapiers des Ausschusses für Bankenaufsicht bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ausgelegt.

Interne Ratingstufen der DEPFA BANK:

Langfristige Einstufung	Abstufung	Definition
AAA	n.v.	Emittenten mit AAA-Rating bieten ein außergewöhnliches Maß an finanzieller Sicherheit. Obwohl die Bonität dieser Einheiten Schwankungen unterliegt, ist die Wahrscheinlichkeit einer Beeinträchtigung der fundamental starken Ausgangssituation offensichtlich äußerst gering.
AA	1/2/3	Emittenten mit AA-Rating bieten ein hohes Maß an finanzieller Sicherheit. Zusammen mit AAA-Emittenten bilden sie die Spitzengruppe im Ratingsystem. Die im Vergleich zu AAA-Emittenten schlechtere Einstufung beruht auf dem etwas höheren langfristigen Risiko.
A	1/2/3	Emittenten mit A-Rating bieten gute finanzielle Sicherheit. Bei dieser Einstufung können jedoch Hinweise auf eine künftige Verschlechterung gegeben sein.
BBB	1/2/3	Emittenten mit BBB-Rating bieten angemessene finanzielle Sicherheit. Bestimmte Schutzmechanismen können hier jedoch fehlen bzw. längerfristig unsicher sein.
BB	1/2/3	Die finanzielle Sicherheit von Emittenten mit BB-Rating ist in Frage gestellt. Die Fähigkeit zur Erfüllung eingegangener Verpflichtungen ist hier oftmals eingeschränkt und im Hinblick auf die Zukunft nur geringfügig abgesichert.
B	1/2/3	Die finanzielle Sicherheit von Emittenten mit B-Rating ist unzureichend. Es besteht nur geringes Vertrauen in die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen über einen längeren Zeitraum.
CCC	1/2/3	Die finanzielle Sicherheit von Emittenten mit CCC-Rating ist sehr schlecht. In diesen Fällen kann bereits ein Zahlungsverzug vorliegen bzw. die pünktliche Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen akut gefährdet sein.
CC	n.v.	Die finanzielle Sicherheit von Emittenten mit CC-Rating ist extrem schlecht. Hier liegt oftmals ein Zahlungsverzug vor bzw. es existieren andere erhebliche Probleme.
C	n.v.	Emittenten mit C-Rating stehen aufgrund ihrer Finanzlage unter bankaufsichtlicher Überwachung. Im Rahmen dieser Überwachung kann die Bankenaufsicht bestimmten Verpflichtungen Vorrang gegenüber anderen Verpflichtungen einräumen bzw. selektiv den Ausgleich einzelner Verpflichtungen anordnen.
D	n.v.	Die Ratingstufe D ist die niedrigste Einstufung. Hier liegt in der Regel ein Zahlungsverzug vor; die zu erzielenden Erlösquoten sind niedrig.

Im Rahmen dieser Systematik erfolgt eine Einstufung aller Kontrahenten. Die Anlehnung des internen Ratingsystems an die Systematik externer Ratingagenturen ist von Bedeutung für den Leistungsfähigkeitstest des internen Ratingsystems, insbesondere im Hinblick auf unterstaatliche Kontrahenten. Der Prozess der Zuweisung und Prüfung der Leistungsfähigkeit von Ratingstufen beinhaltet:

- Die Bewertung einzelner Kontrahenten über die Quantifizierung folgender Kriterien: Bilanzstärke, historisches und prognostiziertes Verhältnis zwischen direkten Steuern und zentral gewährten bzw. zugewiesenen Einkünften einerseits und Ausgaben andererseits, Verhältnis zwischen Verschuldung und laufenden Überschüssen, Pro-Kopf-Verschuldung, politische Stabilität und Garantiestrukturen.
- Die Zuweisung numerischer Bewertungsmaßstäbe für jede Ratingstufe im Rahmen eines Bewertungsrahmens für unterstaatliche Kreditnehmer in jedem Land, in dem die DEPFA Gruppe Geschäfte mit unterstaatlichen Kreditnehmern betreibt bzw. dies beabsichtigt.
- Bei Kreditnehmern, für die ein externes Rating vorliegt (dies ist bei etwa 30% der unterstaatlichen Nichtbankenkunden der Fall), erfolgt die Zuordnung intern festgelegter Ratingstufen zu externen Ratings.
- Gegebenenfalls ist die Anpassung des Länderrahmens erforderlich.

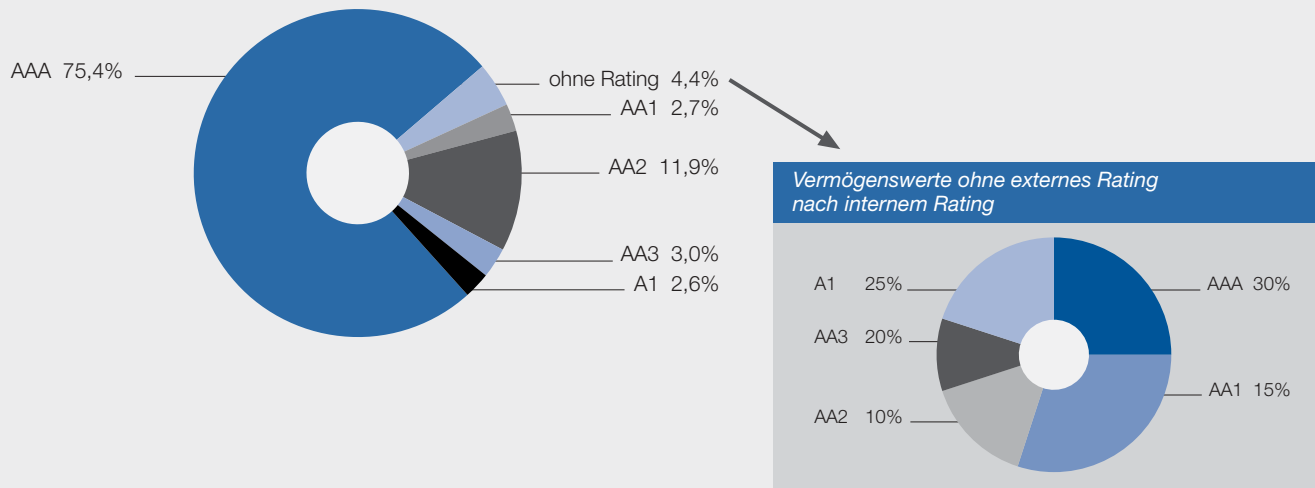
Betrachtet man die Kundenanzahl, verfügt nur eine Minderheit der Kreditnehmer oder Emittenten über ein Rating. Kunden und Kontrahenten mit Rating machen jedoch einen sehr hohen Anteil der Vermögenswerte aus. 75,4% der in der Bilanz ausgewiesenen, Ertrag bringenden Vermögenswerte entfallen auf Kontrahenten mit einem externen AAA-Rating; bei weiteren 17,6% der Vermögenswerte liegt ein AA-Rating vor. Weitere 2,6% sind mit Single-A bewertet. Der verbleibende Portfolio-Anteil von 4,4% hat kein externes Rating.

Daneben erfolgt eine Zuordnung verzinslicher Aktiva zu internen Ratingklassen:

- Interne Ratings für unterstaatliche Emittenten.
- Interne Ratings für staatliche Emittenten (meist in Anlehnung an die niedrigste externe Ratingstufe, jedoch unter Einbeziehung eigener Erfahrungswerte).
- Interne Ratings für Finanzinstitutionen (die in dieser Kategorie bei allen Einheiten mit externem Rating höchstens der niedrigsten Einstufung der drei führenden Ratingagenturen entspricht).

Der Schwerpunkt des bankinternen Bewertungssystems liegt klar auf der stabilen Finanzlage des jeweiligen Kontrahenten. Daneben werden Einflussfaktoren wie das wirtschaftliche und politische Umfeld sowie eine eventuelle Haftung der jeweiligen staatlichen oder lokalen Behörde in die Betrachtung einbezogen. Die Validierung der bankinternen DEPFA-Ratings ergibt sich aus der erfolgten Zuordnung zu externen Ratingstufen. Die Abbildung zeigt deutlich, dass der größte Teil der verzinslichen Aktiva der Pfandbriefbank auf Kontrahenten mit erstklassiger Bonität entfällt.

In der Bilanz ausgewiesene, ertragbringende Vermögenswerte, aufgeteilt nach Rating durch externe Agenturen (31. Dezember 2002)



Der Kreditgenehmigungsprozess

Kreditlimite im Staatsfinanzierungsgeschäft werden ausschließlich vom Vorstand entschieden. Der Vorstand entscheidet auf der Basis einer Empfehlung, die das Credit Committee der Gruppe ausspricht. Im Folgenden ist der Prozess dargestellt, der zu einer entsprechenden Empfehlung des Credit Committee führt:

Auf Gruppenebene ist der Prozess der Kreditanalyse und Kreditentscheidung von der Kundenakquisition und -betreuung organisatorisch sowie disziplinarisch vollständig getrennt. Im Kreditentscheidungsprozess werden drei Kategorien von Kreditrisiken unterschieden:

- **Staatliche Risiken**

Kreditvergabe an Zentralregierungen, Regierungsstellen und Zentralbanken

- **Unterstaatliche Risiken**

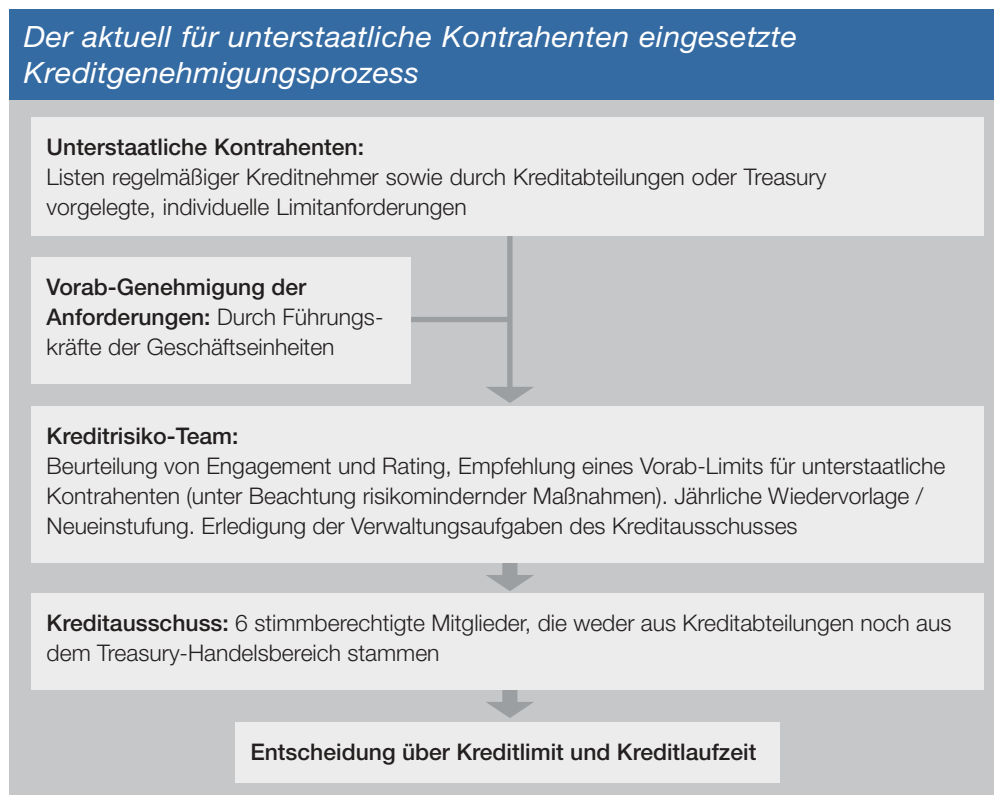
Kreditvergabe an Regionen, Kommunen und regionale und lokale Behörden

- **Kreditvergabe an Institutionen der öffentlichen Hand** ohne ausdrückliche Staatsgarantie, aber mit zusätzlichen Sicherungselementen.

Staatliche Risiken werden durch die Einhaltung und regelmäßige Aktualisierung einer Länderlimitliste begrenzt und kontrolliert. Die Limitierung wird durch den aus vier Personen (drei Mitglieder des Risiko-steuerungsteams und dem Konzern-Chefvolkswirt) bestehenden Länderrisiko-Ausschuss vorbereitet und überprüft; dieser Personenkreis ist nicht in den Erwerb von Vermögenswerten involviert. Aus den nachfolgend dargestellten Parametern wird eine quantitative Limitierungsmatrix erstellt, die als Grundlage der Entscheidung dient:

- Makroökonomische Einflussfaktoren (inklusive der konservativ bemessenen Kreditaufnahmekapazität jedes Landes),
- spezifische Einflussfaktoren der Staatsfinanzierungsbank: Bilanzsumme und geografische Verteilung der Bilanz sowie Gesamtvolumen des Risikokapitals,
- interne Ratings für staatliche Emittenten (meist in Anlehnung an die niedrigste externe Ratingstufe, jedoch unter Einbeziehung eigener Erfahrungswerte).

Unterstaatliche Engagements und Kreditvergaben an Institutionen der öffentlichen Hand ohne ausdrückliche Staatsgarantie, aber mit zusätzlichen Sicherungselementen werden über die Festlegung von Vorab-Limiten für Kontrahenten gesteuert und kontrolliert. Die unten stehende Grafik veranschaulicht Anstoß und Ablauf des vorgelagerten Genehmigungsprozesses. Grundsätzlich wird auf der Grundlage der Bonitätsbewertung eine Empfehlung für den prozentualen Anteil an der Gesamtkreditaufnahme der jeweiligen Einheit festgelegt; hieraus ergibt sich ein Kreditlimit.



2.2 Bonitätsrisiken bei Finanzinstituten

Die Adressenausfallrisiken aus Treasury-Geschäften resultieren innerhalb der DEPFA aus Wertpapiergeschäften, Geldmarktgeschäften und Zinsderivaten, die mit Bank-Kontrahenten abgeschlossen werden.

Die Höhe des Kreditrisikos aus solchen Geschäften ist abhängig von der Struktur des jeweiligen Geschäftes. Während bei bilanziellen Instrumenten das Kreditexposure durch ihren gegenwärtigen Marktwert gegeben ist, entspricht das Kreditrisiko derivativer Finanzinstrumente den „potentiellen Kosten“, die sich bedingt durch den möglichen Ausfall eines Geschäftspartners durch die Wiederherstellung einer gleichwertigen Position ergeben würden.

Der Prozess zur Einrichtung eines Limits für Finanzinstitute entspricht dem oben genannten Prozess für die Kreditvergabe an unterstaatliche Einrichtungen. Für alle Kontrahenten wird ein internes Rating ermittelt. Geschäfte mit Kontrahenten dürfen nur getätigt werden, wenn vorab ein entsprechendes Limit eingerichtet wurde.

2.3 Länderrisiken

Über die Einrichtung von Länderlimiten entscheidet der Vorstand auf der Grundlage von Empfehlungen des Credit Committee und des Country Risk Committee unter Berücksichtigung der Beschränkungen des Hypothekenbankgesetzes. Durch die Liberalisierung des Hypothekenbankgesetzes im Jahre 2002 können nunmehr auch Länderrisiken in Nordamerika, Japan und den EU-Beitrittsstaaten eingegangen werden.

Zum Schutz der DEPFA BANK gegen Länderrisiken haben wir einen Länderrisiko-Ausschuss (Country Risk Committee – „CRC“) eingerichtet. Dieses Gremium besteht aus vier leitenden Angestellten der Bank: den für Wachstumsmärkte bzw. für etablierte Volkswirtschaften zuständigen Volkswirten, einem Verantwortlichen für die internationalen Geschäftsbeziehungen der Bank sowie einem Experten für Kreditrisiken.

Die unabhängige Entscheidung des CRC ist erforderlich, wenn seitens des Vertriebs ein neues Länderlimit bzw. die Erhöhung eines bestehenden Limits beantragt wird, oder eine Überprüfung unseres internen Ratings für eines bzw. mehrere Länder für erforderlich gehalten oder notwendig wird. Das CRC bedient sich bei seiner Entscheidungsfindung im Wesentlichen eines detaillierten Berichts über die soziale, politische und wirtschaftliche Situation des jeweiligen Landes, sowie anderer relevanter Informationen.

Auf dieser Basis trifft das CRC eine interne Entscheidung zu dem vorliegenden Antrag und gibt diese als Empfehlung an den Konzern-Kreditausschuss weiter. Dieser trifft die endgültige und konzernweit gültige Entscheidung zu dem jeweiligen Antrag.

Die Überwachung von Länderrisiken beruht auf drei wesentlichen Komponenten: dem Länderrating, Länderlimiten und einem Kontrollsystem zur Überwachung der tatsächlichen Ausnutzung der Limite.

Unser bankinternes System zur Länderklassifizierung basiert aktuell auf 22 (vormals 12) unterschiedlichen Einstufungen von AAA (ausgezeichnete Bonität) bis D (Zahlungsverzug ohne Aussicht auf Erlösquote).

Die genaue Überwachung der Ausnutzung der Länderlimite bzw. aller grenzüberschreitenden Risiken erfolgt täglich durch das Dubliner Kreditrisiko-Team, sowohl auf Konzernebene als auch einzeln pro Konzerneinheit. Die Berichte werden dem Vorstand der Pfandbriefbank und dem CRC vorgelegt.

2.4 Bonitätsrisiken Immobiliengeschäft

Im Rahmen der Trennung der Banken wurden die Immobilienrisiken weitestgehend dem Aareal Bank Konzern bzw. Dritten zugeordnet: durch die Abspaltung der DePfa Bank AG – heute Aareal Bank AG – und die Übertragung der immobilienbezogenen Tochtergesellschaften der Pfandbriefbank auf die Aareal Bank AG wurde der größte Teil des Immobilienkreditgeschäftes des alten Konzerns aus der DEPFA in den Aareal Bank AG Konzern ausgegliedert. Von dem danach noch bei der Pfandbriefbank verbliebenen Immobilienkreditportfolio in Höhe von 12 Mrd € zum 31.12.2001 wurden im Jahre 2002 insgesamt 4,7 Mrd € auf die Aareal Bank AG übertragen. Zum 31.12.2002 betrug das Immobilienkreditportfolio der Pfandbriefbank netto nach Risikovorsorge noch 5,8 Mrd €.

Von diesen Immobilienkreditrisiken wurden 2 Mrd € durch Securitizations Verträge risikomäßig auf dritte Kreditinstitute übertragen.

Bezüglich der verbleibenden Immobilienkredite ist zwischen Aareal Bank AG und Pfandbriefbank vereinbart, dass die Aareal Bank das Immobilienfinanzierungsportfolio der Pfandbriefbank übernehmen wird. Darüber hinaus stellt die Aareal Bank der Pfandbriefbank Einzelfallspitzengarantien in Höhe von insgesamt 0,7 Mrd € auf das Kapital und in bestimmten Fällen Garantien auf die Zinsen. Von den Jahresabschlussprüfern der beiden Banken wurde bestätigt, dass alle künftigen Wertberichtigungserfordernisse auf den Büchern der Aareal Bank AG zu bilden sind, es sei denn, eine Übertragung ist im Einzelfall objektiv nicht möglich.

Zwischen der Pfandbriefbank und der Aareal Bank AG wurde ferner ein Dienstleistungsvertrag geschlossen, der die Geschäftsbesorgung der Aareal für die Pfandbriefbank bezüglich der nicht übertragenen Kredite regelt. Der Dienstleistungsvertrag berücksichtigt die gesetzlichen Erfordernisse des § 25 a KWG und sieht u. a. eine verschuldensunabhängige Haftung der Aareal Bank AG für die ordnungsgemäße Verwaltung des Kreditportfolios vor.

Die folgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk zum Ende des Geschäftsjahres 2002.

	VaR 31.12.2002 Mio €
10 Tage 99% CI	34,7
1 Tag 99% CI	11,0
1 Tag 95% CI	7,9

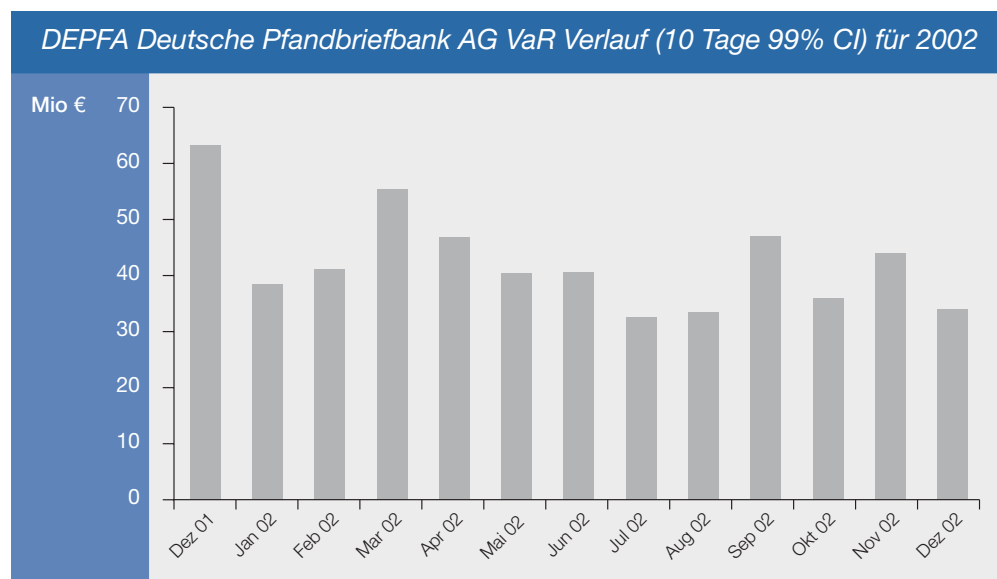
3. Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken resultieren im Allgemeinen aus einer Vielzahl von verschiedenen Marktbewegungen. Diese lassen sich sogenannten Risikofaktoren zuordnen. Die Schwankungsbreite dieser einzelnen Risikofaktoren wie zum Beispiel Aktienkurse, Zinsraten, Währungskurse und implizite Volatilitäten ist neben der Korrelation der Risikofaktoren das entscheidende Maß zur Quantifizierung des Marktpreisrisikos. In der Pfandbriefbank entstehen Marktpreisrisiken vornehmlich im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung. Währungsrisiken werden von der Pfandbriefbank grundsätzlich nicht eingegangen.

Zur Quantifizierung und Steuerung der Marktpreisrisiken wird in der DEPFA Gruppe und der Bank täglich ein Value-at-Risk (VaR) nach dem Varianz-Kovarianz-Ansatz ermittelt. Dieses statistische Verfahren erlaubt die Abschätzung des Verlustpotentials über eine bestimmte Haltedauer mit einer vorgegebenen Sicherheits-Wahrscheinlichkeit von derzeit 99%. Die statistischen Parameter dieses Modells (Schwankungsbreite und Korrelation) werden über einen Zeitraum von einem Jahr ermittelt.

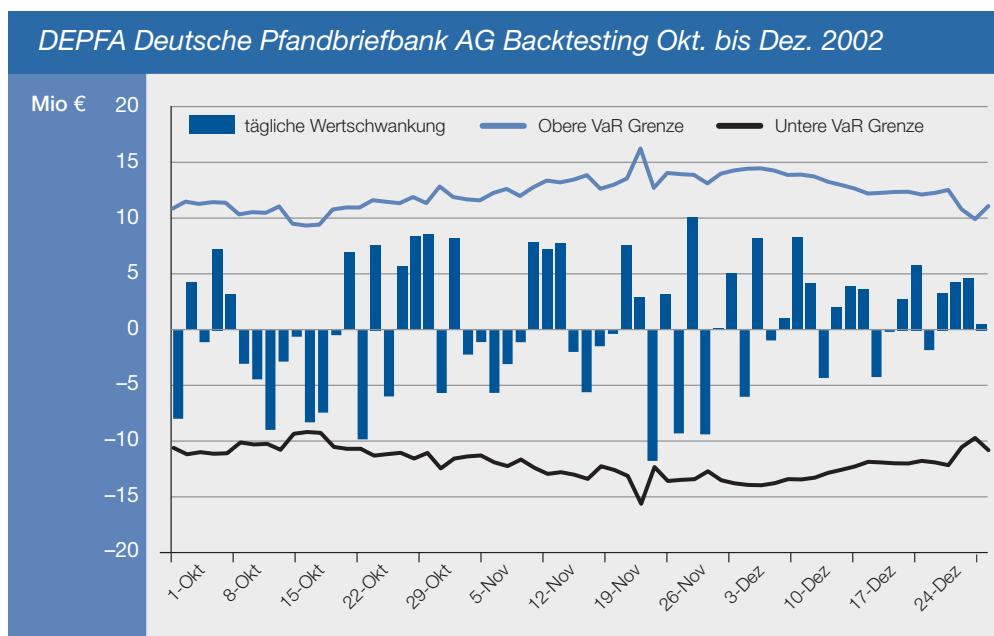
Die Haltedauer der Positionen ist mit 10 Tagen bewusst konservativ angelegt. Bei der Pfandbriefbank wird die Gesamtheit der geschäftlichen Aktivitäten in der Value-at-Risk Berechnung einbezogen. Das bedeutet, dass der ermittelte VaR auf der Erfassung der Risikoposition des gesamten Bankbuches basiert. Die Festlegung der Limite zur Begrenzung der Marktpreisrisiken erfolgt durch den Vorstand in Abstimmung mit den entsprechenden Konzerngremien, sowie unter Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für Hypothekenbanken in Deutschland. Über die Höhe und Auslastung des Limits für die Pfandbriefbank wird der Vorstand täglich unterrichtet.

Das folgende Schaubild zeigt den Verlauf des Value-at-Risk der Pfandbriefbank über das Jahr 2002.



Zuverlässigkeit des VaR-Modells – Backtesting

Die Güte des eingesetzten statistischen Verfahrens zur Risikomessung wird regelmäßig durch Backtesting überprüft. Dabei werden die Gewinne und Verluste im Zeitraum der Halteperiode mit der zu Beginn der Halteperiode prognostizierten Verlustobergrenze (VaR) verglichen. Damit sind in einem Betrachtungszeitraum von einem Jahr (250 Handelstage) maximal 3 Überschreitungen dieser Verlustobergrenze zu erwarten. Für das Jahr 2002 wurden, bedingt durch den Systemwechsel, im Zeitraum Juli bis Oktober keine entsprechenden Untersuchungen angestellt. Für den Zeitraum Oktober bis Dezember ergaben die Backtesting-Untersuchungen basierend auf täglichen Wertschwankungen und 1-Tages-99%-Konfidenzintervallen keine Überschreitungen, wie das folgende Schaubild zeigt.



Diese Berechnungen zeigen, dass die in der Pfandbriefbank durchgeführten Value-at-Risk Berechnungen die Marktrisiken nicht unterschätzt hatten. Die VaR-Rechnung wird zudem durch Worst-Case bzw. Stress-Testing-Rechnungen ergänzt, um Auswirkungen extremer Marktbewegungen zu quantifizieren.

4. Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken versteht man die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Dies schließt Rechtsrisiken mit ein.

Grundlage für die Überwachung und Steuerung von operationellen Risiken ist

- die systematische Erfassung aller relevanten Prozesse und Arbeitsabläufe,
- die Identifizierung von Fehlerquellen und Schwachstellen innerhalb einer Bankorganisation inklusive der damit verbundenen Opportunitätskostenermittlung,
- der Aufbau einer Verlustdatenbank als Grundlage für die Implementierung eines Modells zur Quantifizierung der operationellen Risiken,
- die sorgfältige Personalauswahl und Mitarbeiterweiterbildung,
- eine robuste und zuverlässige Infrastruktur,
- ein gut funktionierendes und reagibles Kontrollsystem.

Das Management der operationellen Risiken liegt dezentral in den operativen Bereichen selbst, wobei die bereichsübergreifende Koordinierung und qualitätssichernde Verantwortung derzeit beim Chief Operations Office angesiedelt ist. Die Arbeit der Innenrevision ergänzt und komplettiert die Kontrollmechanismen.

Die Pfandbriefbank erfüllt in Bezug auf die Überwachung und Begrenzung betrieblicher Risiken im Handel mit Finanzinstrumenten sowie personeller Risiken die Mindestanforderungen für das Betreiben von Handelsgeschäften der Kreditinstitute (MaH). Hierzu gehört insbesondere die Funktionstrennung, nach der Handel, Verbuchung, Kontrolle und Erfüllung von Geschäften von verschiedenen Personen in unterschiedlichen Führungsstrukturen und mit separatem Prüfmechanismus auszuführen sind. Diesem Prinzip kommt eine wesentliche Rolle bei der Vermeidung von Handelsfehlern und betrügerischen Aktivitäten zu. Die Einhaltung dieser Richtlinien ist durch organisatorische Maßnahmen sichergestellt und wird von der Innenrevision überprüft.

Relevante Prozesse und Arbeitsabläufe werden dokumentiert. Diese Prozesse und Arbeitsabläufe werden ständig auf ihre Effizienz und Effektivität hin überprüft. Die DEPFA ist dabei, eine Operational Risk Datenbank zu erstellen. Bereits gesammelte Daten über operationelle Schwächen werden in diese Datenbank einfließen.

Bei der Auswahl von Mitarbeitern und bei der Besetzung offener Positionen folgt die DEPFA einem mehrstufigen Prozess, um eine sorgfältige Evaluation potentieller Mitarbeiter und Verantwortungsträger zu garantieren. Dies wird ergänzt durch regelmäßige interne und externe Trainingsmaßnahmen. Sorgfältige Zielsetzung und die periodische Evaluation gesetzter Ziele gehören zu den Grundprinzipien der Mitarbeiterführung der Pfandbriefbank. Alle relevanten Entscheidungsprozesse unterliegen in der DEPFA dem Vier-Augen-Prinzip.

Die Systemlandschaft der DEPFA ist hochverfügbar ausgelegt. Alle wesentlichen Computer- und Kommunikationskomponenten sind dupliziert, synchronisiert und in unterschiedlichen Lokationen untergebracht. Selbst unter der Annahme schwerwiegender Katastrophenszenarien wird die DEPFA in der Lage sein, ihr Geschäft in kontrollierter Art und Weise fortzuführen.

Gemäß des Entwurfs der neuen Baseler Eigenkapitalvereinbarung sollen zukünftig neben den Markt- und Kreditrisiken auch operationelle Risiken von Kreditinstituten quantifiziert und mit Eigenmitteln unterlegt werden. Entsprechend wird die Bank im Laufe des Jahres den Übergang zu einem auf interne Messgrößen basierenden Ansatz, nach dem das Kapital zur Unterlegung betrieblicher Risiken auf der Grundlage selbst errechneter Risikokennzahlen ermittelt wird, untersuchen.

5. Liquiditätsrisiken

Als Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass gegenwärtige und zukünftige Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht erfüllt werden können.

In der Pfandbriefbank ist für die Steuerung des Liquiditätsrisikos die Treasury zuständig.

Es ist die Aufgabe des Liquiditätsmanagements, die ein- und ausgehenden Zahlungsströme so zu steuern, dass effiziente Prozesse eingehalten und ertragsoptimale Ergebnisse erzielt werden. Dabei betreibt die DEPFA ein konzernübergreifendes Liquiditätsmanagement, das alle relevanten Einheiten integriert. Die Refinanzierung des Konzerns beruht auf mehreren Säulen:

- die Begebung von Pfandbriefen, ungedeckten Inhaberschuldverschreibungen bzw. Schuldscheinen sowie Commercial Paper (CPs),
- dem Abschluss von Repurchase Agreements (Repos),
- die Teilnahme an den Offenmarktgeschäften der Zentralbanken sowie Geldmarktgeschäfte.

Zur Sicherung der Liquidität stehen zusätzlich umfangreiche liquide und mit hoher Bonität ausgestattete Wertpapierbestände zur Verfügung. Um die Zahlungsfähigkeit im Konzern und dessen Einheiten zu gewährleisten und zukünftige Liquiditätsrisiken zu steuern, werden Liquiditätsablaufbilanzen und Cash-flow-Prognosen ermittelt.

Der für die Liquiditätssteuerung relevante Grundsatz II wurde jederzeit eingehalten.

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2002

der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG, Frankfurt am Main

Aktivseite

	€	€	€	Vergleichszahl des Vorjahres 31.12.2001 T €
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		2.431		74
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		<u>275.997.762</u>		200.488
darunter: bei der Deutschen Bundesbank 273.809.391 €			276.000.193	200.562
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar 0 €				
b) Wechsel		<u>0</u>		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar 0 €			0	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) Hypothekendarlehen		6.952		7
b) Kommunalkredite		6.262.029.530		6.270.408
c) andere Forderungen		<u>16.890.996.405</u>		20.749.495
darunter: täglich fällig 722.616.433 € gegen Beleihung von Wertpapieren 0 €			23.153.032.887	27.019.910
4. Forderungen an Kunden				
a) Hypothekendarlehen		5.583.908.149		11.334.820
b) Kommunalkredite		38.687.218.576		41.509.548
c) andere Forderungen		<u>193.028.252</u>		143.987
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren 0 €			44.464.154.977	52.988.355
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 0 €				
ab) von anderen Emittenten	<u>0</u>			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 0 €		0		0

Passivseite

	€	€	€	Vergleichszahl des Vorjahres 31.12.2001 T €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		243.352.629		356.546
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		252.834.118		370.066
c) andere Verbindlichkeiten		<u>18.311.252.554</u>		25.199.079
darunter:			18.807.439.301	25.925.961
täglich fällig 1.324.848.369 €				
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen				
an den Darlehensgeber ausgehändigte				
Hypotheken-Namenspfandbriefe 0 € und				
öffentliche Namenspfandbriefe 5.112.919 €				
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		1.627.745.198		1.771.104
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		2.354.861.458		2.655.646
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist				
von drei Monaten	5.163			3.995
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist				
von mehr als drei Monaten	<u>6.979</u>			465
		12.142		4.460
d) andere Verbindlichkeiten		<u>1.182.538.819</u>		3.603.853
darunter:			5.165.157.617	8.035.063
täglich fällig 90.142.578 €				
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen				
an den Darlehensgeber ausgehändigte				
Hypotheken-Namenspfandbriefe 14.860.514 €				
und öffentliche Namenspfandbriefe 65.445.361 €				
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekenspfandbriefe	474.830.058			2.379.417
ab) öffentliche Pfandbriefe	56.379.158.794			55.040.257
ac) sonstige Schuldverschreibungen	<u>4.492.980.308</u>			5.504.549
		61.346.969.160		62.924.223
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten		<u>5.514.044.085</u>		8.065.359
darunter:			66.861.013.245	70.989.582
Geldmarktpapiere 5.514.044.085 €				
4. Treuhandverbindlichkeiten			132.014.407	494.162
darunter:				
Treuhandkredite 10.042.748 €				
5. Sonstige Verbindlichkeiten			336.889.206	400.292

Aktivseite

	€	€	€	Vergleichszahl des Vorjahres 31.12.2001 T €
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	<u>12.723.026.993</u>			12.962.695
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 9.443.422.444 €				
bb) von anderen Emittenten	<u>11.640.777.104</u>	24.363.804.097		11.795.433
darunter:				24.758.128
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 11.054.156.227 €				
c) eigene Schuldverschreibungen		<u>1.170.539.417</u>		1.532.195
Nennbetrag 1.119.906.716 €			25.534.343.514	26.290.323
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			1.677.930	1.036
7. Beteiligungen			2.906	39
darunter:				
an Kreditinstituten 0 €				
an Finanzdienstleistungsinstituten 0 €				
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			654.542	1.002.765
darunter:				
an Kreditinstituten 45.436 €				
an Finanzdienstleistungsinstituten 0 €				
9. Treuhandvermögen			132.014.407	494.162
darunter:				
Treuhandkredite 10.042.748 €				
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			3.979.484	5.135
11. Immaterielle Anlagewerte			0	0
12. Sachanlagen			11.461.662	71.793
13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital			0	0
darunter:				
eingefordert 0 €				
14. Eigene Aktien oder Anteile			0	23.018
Nennbetrag 0 €				
15. Sonstige Vermögensgegenstände			24.520.947	300.511
16. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		496.623.263		459.201
b) andere		<u>368.650.602</u>		430.939
			865.273.865	890.140
17. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			0	0
Summe der Aktiva			<u>94.467.117.314</u>	<u>109.287.749</u>

Passivseite

	€	€	€	Vergleichszahl des Vorjahres 31.12.2001 T €
6. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		156.635.565		197.189
b) andere		<u>625.845.329</u>		583.235
			782.480.894	780.424
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		38.786.597		44.301
b) Steuerrückstellungen		89.242.248		48.600
c) andere Rückstellungen		<u>38.192.973</u>		60.353
			166.221.818	153.254
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			2.394.448	4.789
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			117.592.858	278.027
10. Genussrechtskapital			926.519.913	926.371
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig 0 €				
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			0	0
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		108.000.000		108.000
b) Kapitalrücklage		416.093.607		416.094
c) Gewinnrücklagen				
ca) Rücklage für eigene Anteile	0			23.018
cb) andere Gewinnrücklagen	<u>327.300.000</u>			32.982
		327.300.000		56.000
d) Bilanzgewinn		<u>318.000.000</u>		720.000
			1.169.393.607	1.300.094
Summe der Passiva			94.467.117.314	109.287.749
1. Eventualverbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			62.356.277	192.158
2. Andere Verpflichtungen Unwiderrufliche Kreditzusagen			2.064.060.740	2.102.999

Gewinn- und Verlustrechnung

der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG, Frankfurt am Main

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2002

Aufwendungen

	€	€	€	2001 T €
1. Zinsaufwendungen			4.202.183.886	4.952.178
2. Provisionsaufwendungen			4.716.663	10.865
3. Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			0	0
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	39.304.734			45.034
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>6.459.789</u>			11.996
darunter:		45.764.523		57.030
für Altersversorgung 3.269.902 €				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>42.898.751</u>		45.271
			88.663.274	102.301
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			4.793.049	9.014
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen			17.744.930	31.852
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0	89.897
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0	0
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme			41.645.562	104.591
10. Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil			0	0
11. Außerordentliche Aufwendungen			0	0
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			36.046.546	23.305
13. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen			242.872	1.028
14. Auf Grund einer Gewinnngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne			0	0
15. Jahresüberschuss			589.300.000	90.000
Summe der Aufwendungen			4.985.336.782	5.415.031
1. Jahresüberschuss			589.300.000	90.000
2. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			0	0
3. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Rücklage für eigene Anteile			23.018.322	0
b) aus anderen Gewinnrücklagen			0	630.000
4. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in andere Gewinnrücklagen			294.318.322	0
5. Bilanzgewinn			318.000.000	720.000

Erträge

			2001
	€	€	T €
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.169.717.937		3.748.437
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>1.214.247.602</u>		1.375.022
		4.383.965.539	5.123.459
2. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0		0
b) Beteiligungen	6.806		0
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	<u>0</u>		180.432
		6.806	180.432
3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		0	0
4. Provisionserträge		15.383.760	19.733
5. Nettoertrag aus Finanzgeschäften		0	0
6. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		12.471.439	0
7. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		532.698.017	29.184
8. Sonstige betriebliche Erträge		38.416.773	59.829
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		2.394.448	2.394
10. Außerordentliche Erträge		0	0
11. Erträge aus Verlustübernahme		0	0
12. Jahresfehlbetrag		<u>0</u>	<u>0</u>
Summe der Erträge		<u>4.985.336.782</u>	<u>5.415.031</u>

Anhang

der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG

Der Abschluss zum 31.12.2002 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches unter Beachtung der ergänzenden Regelungen des Aktiengesetzes, des Kreditwesengesetzes, des Hypothekendarlehenbankgesetzes sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute aufgestellt. Darüber hinaus fanden die Vorschriften des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) Anwendung. Soweit nach den gesetzlichen Vorschriften Zusatzangaben zu einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erforderlich sind, wurden diese grundsätzlich im Anhang aufgeführt.

A. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Forderungen sind gemäß § 340e Abs. 2 HGB mit dem Nennwert angesetzt; der Unterschied zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag ist gem. § 340e Abs. 2 HGB als Rechnungsabgrenzung ausgewiesen.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Darüber hinaus bestehen Vorsorgereserven nach § 340f HGB.

Die Wertpapiere sind der Liquiditätsreserve bzw. dem Anlagevermögen zugeordnet und werden unter Berücksichtigung von Kurssicherungsinstrumenten nach dem strengen Niederstwertprinzip (§ 253 Abs. 3 und § 280 Abs. 2 HGB) bzw. nach den für das Anlagevermögen geltenden Grundsätzen (§ 253 Abs. 2 HGB) bewertet. In Anlehnung an die Vorschriften des Hauptfachausschusses der Wirtschaftsprüfer zu Zero-Bonds (HFA 1/1986) verteilt die Bank seit diesem Jahr bei Wertpapieren der Liquiditätsreserve die Differenz zwischen Kaufpreis und Nominalwert auf die Laufzeit. Die nach diesem Verfahren in den Vorjahren aufzulösenden Beträge (saldiert 15,9 Mio € Aufwand) werden unter der Position „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft“ ausgewiesen. Die laufende Auflösung für das Berichtsjahr wird im Zinsergebnis erfasst. Anfallende Agio- bzw. Disagiobeträge bei Wertpapieren des Anlagevermögens werden wie in den Vorjahren laufzeitgerecht aufgelöst.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren Wert am Abschlussstichtag angesetzt.

Die Sachanlagen wurden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Soweit steuerlich zulässig, wurde dabei degressiv abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt. Zerobonds sind mit dem Emissionsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen gemäß Emissionsrendite bilanziert.

Für ungewisse Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen sind mit dem nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines Abzinsungssatzes von 6% ermittelten Teilwert auf der Grundlagen der von Heubeck herausgegebenen Richttafeln 1998 bemessen.

Die außerbilanziellen Finanzinstrumente und die dazugehörigen abgesicherten Geschäfte wurden im zulässigen Umfang als Bewertungseinheit betrachtet. Bei zinsbezogenen Geschäften wurden die Zinsen laufzeitgemäß abgegrenzt.

Die Währungsumrechnung von Anlagevermögen, Umlaufvermögen, Schulden und nicht abgewickelten Termingeschäften erfolgte nach § 340h HGB; von dem Bewertungswahlrecht nach § 340h Abs. 2 HGB wurde Gebrauch gemacht. Für Devisentermingeschäfte werden die Kassa-Basiskurse und die Swappunkte jeweils gesondert erfasst, Swaperträge und -aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt.

B. Erläuterungen zur Bilanz

Restlaufzeitspiegel

Bilanzposten Mio €	Restlaufzeit					
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	im Folgejahr fällig werdend	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	mit unbestimmter Laufzeit
Forderungen an Kreditinstitute	9.812,4	8.384,9		3.188,2	1.767,5	–
Forderungen an Kunden	3.574,1	8.523,7		19.809,5	12.556,9	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			5.464,8			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.171,1	4.209,2		2.789,9	637,2	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
· Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist	0,0	0,0		–	–	
· begebene Pfandbriefe und andere Verbindlichkeiten	1.078,7	254,8		2.656,6	1.175,1	
Verbriefte Verbindlichkeiten						
· begebene Schuldverschreibungen			12.980,2			
· andere verbrieftete Verbindlichkeiten	5.353,2	160,8		–	–	

**Forderungen/Verbindlichkeiten an/gegenüber verbundenen
Unternehmen/Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Mio €	an/gegenüber verbundenen Unternehmen		an/gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Forderungen an Kreditinstitute	10.700,4	13.628,6	–	–
Forderungen an Kunden	–	715,2	–	65,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	11,9	6,5	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.506,0	4.863,2	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,0	44,4	–	0,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	688,6	417,8	–	–
Nachrangige Verbindlichkeiten	50,0	53,0	–	–

Börsenfähige Wertpapiere

	börsenfähig Mio €	börsennotiert Mio €	nicht börsennotiert Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	25.534,3	25.534,3	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1,7	1,7	–
Beteiligungen	0,0	0,0	0,0
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0

Der Betrag der börsenfähigen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die nicht mit dem Niederstwert bewertet wurden, beläuft sich auf 1.316,9 Mio €.

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens im Berichtsjahr ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

T€	Wertpapiere des Anlage- vermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Sachanlagen Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Grundstücke und Gebäude
Anschaffungs-/Herstellungskosten 01.01.2002	3.523.019	121	1.026.770	51.575	93.368
Zugänge	–	3	633	8.104	132
Abgänge	2.206.119	69	1.002.560	45.939	93.500
Umbuchungen	–	–	–	–	811
Abschreibungen (kumuliert)	–	52	24.189	3.089	0
Buchwert 31.12.2002	1.316.900	3	654	10.651	811
Buchwert 31.12.2001	3.523.019	39	1.002.765	16.840	54.953
Abschreibungen in 2002	–	–	–	4.155	638

Am Jahresende 2002 wurden keine Grundstücke und Bauten für eigene Tätigkeiten genutzt.

Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG gemäß § 285 Ziff. 11 HGB umfasst am Bilanzstichtag die folgenden Unternehmen:

	Sitz	Anteil am Kapital %	Eigenkapital Mio €	Ergebnis Mio €
DEPFA Finance N.V.	Amsterdam	100,0	3,3	3,3
DEPFA Funding LLC	Wilmington	100,0	220,0	11,1
DEPFA Funding Trust	Wilmington	100,0	0,0	11,1
DEPFA Zweite GmbH	Frankfurt	100,0	2,2	1,9
DEPFA Erste GmbH	Frankfurt	100,0	0,1	0,0
Deutsche Wohnstätten- Hypothekenbank Aktiengesellschaft	Berlin- Wiesbaden	100,0	0,0	0,0

Treuhandvermögen/Treuhandverbindlichkeiten

Die ausgewiesenen Gesamtbeträge sind den Posten des Bilanzformblatts wie folgt zuzuordnen:

	Mio €
Treuhandvermögen	
Forderungen an Kunden	9,2
Sonstige Vermögensgegenstände	122,8
Treuhandverbindlichkeiten	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	122,8

Sonstige Vermögensgegenstände

In der mit 24,5 Mio € ausgewiesenen Position sind insbesondere nicht bankgeschäftliche Forderungen und Verrechnungskonten sowie Forderungen an Finanzbehörden und verbundene Unternehmen von Bedeutung.

Rechnungsabgrenzungsposten

	Mio €
Aktiva	
Disagio aus Schuldverschreibungen	314,1
Agio aus Forderungen	182,5
Emissions- und Darlehensgeschäft insgesamt	496,6
Passiva	
Agio aus Schuldverschreibungen	57,0
Disagio aus Forderungen	99,6
Emissions- und Darlehensgeschäft insgesamt	156,6

Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in der Bilanzposition „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ in Höhe von 0,8 Mio € (31.12.2001 1,6 Mio €) enthalten.

In Pension gegebene Vermögensgegenstände

Zum 31.12.2002 betrug der Buchwert der in der Bilanz ausgewiesenen und im Rahmen von Repo-Geschäften verpensionierten Wertpapiere 4.365,4 Mio €. Offenmarktkredite waren per 31.12.2002 nicht im Bestand.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die mit 336,9 Mio € ausgewiesene Position setzt sich fast ausschließlich aus Abgrenzungsbeträgen aus Finanzderivaten sowie daneben aus nicht bankgeschäftlichen Verbindlichkeiten und Verrechnungskonten zusammen.

Rückstellungen für latente Steuern

	31.12.2002 Mio €	31.12.2001 Mio €
	–	19,0

Nachrangige Verbindlichkeiten

Das Nachrangkapital setzt sich wie folgt zusammen:

Nominalbetrag (Mio €)	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
52,9	DM	7,25	07.01.2003
10,3	DM	6,75	10.02.2003
50,0	DM	6,46	30.06.2025

Die in den Anleihen verbriefen nachrangigen Kapital- und Zinsforderungen sind im Falle des Konkurses oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuerstatten. Die Aufrechnung der Forderungen aus den Anleihen gegen Forderungen der Schuldnerin ist ausgeschlossen. Ein Kündigungsrecht besteht weder für den Gläubiger noch für die Schuldnerin.

Die Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten betrugen 16.914,5 T€.

Sonderposten mit Rücklageanteil

Aufgrund der Neuregelung zur Wertaufholung (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 EStG) durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 sind im Jahr 1999 Buchgewinne entstanden. Die Bank hat von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, diese über fünf Jahre zu verteilen. Im Jahr 1999 wurden daher vier Fünftel der Buchgewinne dem Sonderposten mit Rücklageanteil zugeführt. Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt jeweils um ein Viertel in den Jahren 2000 bis 2003.

Genussrechtskapital

Bei der Bank besteht ein Genussrechtskapital in Höhe von insgesamt 863,4 Mio €, von dem 102,3 Mio € in 1986, 255,6 Mio € in 1994, 383,5 Mio € in 1996 sowie 45,0 Mio € und 77,0 Mio € in 2000 begeben wurden. Das Genussrechtsverhältnis endet am 31. Dezember 2010, am 31. Dezember 2008, am 31. Dezember 2011, am 31. Dezember 2009 bzw. am 31. Dezember 2014. Die Genussscheine sind zum Börsenhandel mit amtlicher Notierung bzw. zum geregelten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG betrug am 31.12.2002 108,0 Mio €. Es ist eingeteilt in 36.000.000 Stückaktien.

Genehmigtes Kapital

Beschlussjahr	Ursprünglicher Betrag Mio €	Verwendung im Berichtsjahr Mio €	Noch vor- handener Betrag Mio €	Befristung
2002	54,0	–	54,0	18.06.2007

Bedingtes Kapital

Beschlussjahr	Ursprünglicher Betrag Mio €	Verwendung im Berichtsjahr Mio €	Noch vor- handener Betrag Mio €	Befristung
1999	12,0	–	12,0	–

Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Wandlungs- oder Optionsrechten an die Inhaber von Wandelschuldverschreibungen oder Optionsscheinen, die bis zum 16. Juni 2004 von der Gesellschaft oder einer unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbeteiligungsgesellschaft der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG begeben werden. Der Gesamtbetrag der Schuldverschreibungen darf einen Nominalbetrag von 600,0 Mio € bzw. im Falle der Begebung niedrig verzinslicher oder nicht laufend verzinsler langlaufender Schuldverschreibungen einen Nominalbetrag von 2.000 Mio € nicht überschreiten. Die Schuldverschreibungen können außer in Euro auch bis zum entsprechenden Gegenwert in der gesetzlichen Währung eines OECD-Landes begeben werden.

Erwerb eigener Aktien

Die Hauptversammlung vom 20. Juni 2001 hatte die Gesellschaft zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zum 19. Dezember 2001 ermächtigt. Unter Aufhebung dieses Beschlusses ist die Bank von der Hauptversammlung am 19. Juni 2002 ermächtigt worden, bis zum 18. Dezember 2003 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf am Ende eines jeden Tages 2% des Grundkapitals der Bank nicht übersteigen. Der niedrigste Gegenwert, zu dem jeweils eine Aktie erworben werden darf, wird auf den Schlusskurs der Aktie im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) am Börsentag vor dem jeweiligen Erwerb abzüglich 10% festgelegt, der höchste Gegenwert auf diesen durchschnittlichen Schlusskurs zuzüglich 10%. Im Berichtszeitraum wurde von den Ermächtigungen kein Gebrauch gemacht.

Außerdem war die Gesellschaft aufgrund der Hauptversammlung vom 20. Juni 2001 ermächtigt, bis zum 15. Dezember 2001 eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zu erwerben. Unter Aufhebung dieses Beschlusses wurde die Bank von der Hauptversammlung am 19. Juni 2002 ermächtigt, bis zum 18. Dezember 2003 eigene Aktien mit einem Volumen von bis zu 2% des Grundkapitals zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel zu erwerben. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Im Falle des Erwerbs über die Börse darf der Erwerbspreis (ohne Erwerbsnebenkosten), bei einem öffentlichen Kaufangebot darf der Angebotspreis (ohne Erwerbsnebenkosten) den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie der Gesellschaft im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an den jeweils dem Erwerb oder der Verpflichtung zum Erwerb vorangegangenen drei Börsentagen um nicht mehr als 10% über- oder unterschreiten. Ein Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ist unter bestimmten Voraussetzungen möglich.

Im Oktober 2001 wurden von der Bank 361.639 Stück eigene Aktien (1,0% aller Stückaktien) zum Durchschnittskurs von 63,78 € je Stück erworben. Der auf diese eigenen Aktien entfallende Nominalbetrag des Grundkapitals beträgt 1.084.917,- €. Der Bestand wurde im Januar 2002 zum Kurs von 64,10 € je Stück veräußert.

Rücklagen

Die Rücklagen der Bank haben sich wie folgt entwickelt:

T€	Kapitalrücklage	Rücklage für eigene Anteile	andere Gewinnrücklagen
Ausweis am 31.12.2001	416.094	23.018	32.982
Entnahme aus der Rücklage für eigene Anteile	–	–23.018	–
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	–	–	294.318
Ausweis am 31.12.2002	416.094	–	327.300

Eventualverbindlichkeiten

Bei den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen handelt es sich im Wesentlichen um Kreditbürgschaften, die in der Zeit vor der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft zugesagt wurden.

Andere Verpflichtungen

Die unwiderruflichen Kreditzusagen von insgesamt 2.064,1 Mio € betreffen ganz überwiegend eine an ein ehemaliges Tochterunternehmen gewährte Kreditlinie sowie die Zusagen von Hypothekendarlehen.

Fremdwährungsposition

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf umgerechnet 6.364,1 Mio €, die Schulden in Fremdwährung betrugen 8.483,0 Mio €. Der Differenzbetrag wurde nahezu vollständig durch Devisentermingeschäfte und Währungsswaps abgesichert.

Marktrisikobehaftete Geschäfte

Am Bilanzstichtag bestanden folgende noch nicht abgewickelte Geschäfte:

Mio €	Nominalbetrag Restlaufzeit			Summe	Adressenrisiko
	< = 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre		
Zins- und Währungsswaps	26.643	35.956	42.899	105.498	2.332
Zins-Futures und Forward Rate Agreements	2.000	–	–	2.000	0
Gekaufte Zinsoptionen	–	–	40	40	1
Verkaufte Zinsoptionen	245	1.672	552	2.469	–
Sonstige Zinskontrakte	1.424	2.711	3.262	7.397	202
Devisentermingeschäfte	1.797	–	–	1.797	36
Insgesamt	32.109	40.339	46.753	119.201	2.571

Kontrahentenstruktur im Derivategeschäft per 31.12.2002

Kontrahentenart	Adressenrisiko Mio €
OECD Banken	2.571
OECD Finanzinstitute	–

Für die Ermittlung des Adressenrisikos wurden Wiederbeschaffungswerte zugrundegelegt, die nach der Marktwertmethode als Summe aller positiven Marktwerte ohne Berücksichtigung von Netting-Vereinbarungen errechnet wurden.

Sämtliche Termingeschäfte dienen ausschließlich der Absicherung von Wechselkurs- und Zinsrisiken.

Haftungsverhältnisse

Die DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG hat die unbedingte und unwiderrufliche Garantie für die ordnungsgemäße Zahlung von Kapital- und Zinsbeträgen für die von der DEPFA Finance N.V., Amsterdam, emittierten Schuldverschreibungen übernommen. Bei der DEPFA Funding LLC, Delaware, trägt sie dafür Sorge, dass diese ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann.

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Position enthält insbesondere Aufwendungen für Ausgleichszahlungen im Rahmen des Trennungsprozesses sowie Nachzahlungszinsen für Steuern.

Provisionserträge

Die Position enthält im Wesentlichen Provisionserträge aus Garantien für ein Tochterunternehmen.

Sonstige betriebliche Erträge

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen sind insbesondere Erträge aus Geschäftsbesorgung für ehemalige und bestehende Konzernunternehmen, Mehrerlöse aus der Veräußerung von Sachanlagen und Grundstücken sowie Erstattungszinsen für Steuern zu nennen.

Geographische Aufteilung der Erträge

- Die
- Zinserträge,
 - laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen,
 - Provisionserträge,
 - sonstigen betrieblichen Erträge

verteilen sich nach den geographischen Regionen der Vertriebsstellen wie folgt:

	Mio €
Deutschland	4.358,6
übriges Europa	49,2
Japan	29,9

D. Angaben zum Hypothekenbankgeschäft

Deckungsrechnung	T€
A. Hypothekenzpfandbriefe	
ordentliche Deckung	
1. Forderungen an Kreditinstitute (Hypothekendarlehen)	7
2. Forderungen an Kunden (Hypothekendarlehen)	3.315.560
3. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	–
Summe	3.315.567
Ersatzdeckung	
1. andere Forderungen an Kreditinstitute	–
2. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	66.449
Summe	66.449
Deckungswerte insgesamt	3.382.016
Summe der deckungspflichtigen Hypothekenzpfandbriefe	2.281.002
Überdeckung	1.101.014
B. Öffentliche Pfandbriefe	
ordentliche Deckung	
1. Forderungen an Kreditinstitute (Kommunalanleihen)	5.905.222
2. Forderungen an Kunden (Kommunalanleihen)	34.761.471
3. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von öffentlichen Emittenten	16.214.046
Summe	56.880.739
Ersatzdeckung	
1. andere Forderungen an Kreditinstitute	1.575.000
2. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–
Summe	1.575.000
Deckungswerte insgesamt	58.455.739
Summe der deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefe	56.670.298
Überdeckung	1.785.441

Deckungshypotheken

Am Bilanzstichtag waren zur Deckung von Hypothekendarlehen im Deckungsregister 24.243 Hypotheken mit einem Restkapital von 3.315.567 T€ eingetragen. Die Aufgliederung des Deckungsbestandes stellt sich wie folgt dar:

T€	Anzahl	T€
bis 50	10.595	274.441
über 50 bis 500	12.950	1.461.294
über 500	698	1.579.832
Insgesamt	24.243	3.315.567

Gliederung nach Beleihungsgebieten

Deutschland	Anzahl	T€
Baden-Württemberg	1.435	205.562
Bayern	1.536	205.145
Berlin	1.294	559.119
Brandenburg	368	114.889
Bremen	244	57.844
Hamburg	678	88.788
Hessen	3.312	311.925
Mecklenburg-Vorpommern	295	123.001
Niedersachsen	2.072	178.952
Nordrhein-Westfalen	5.957	671.987
Rheinland-Pfalz	1.415	111.745
Saarland	460	31.051
Sachsen	1.173	270.436
Sachsen-Anhalt	497	91.834
Schleswig-Holstein	2.880	171.194
Thüringen	626	118.828
	24.242	3.312.300
Ausland		
Niederlande	1	3.267
Insgesamt	24.243	3.315.567

Gliederung nach Art der Objekte

Art der Objekte	Anzahl	T€
gewerblich genutzte Grundstücke	623	616.189
Wohnzwecken dienende Grundstücke	23.614	2.659.418
Bauplätze	2	6.646
unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten und sonstige	4	33.404
Insgesamt	24.243	3.315.567

Rückzahlungen im Hypothekengeschäft

Die Rückzahlungen des Geschäftsjahres teilen sich auf in	T€
• planmäßige Tilgungen	182,9
• außerplanmäßige Tilgungen	2.162,8
Insgesamt	2.345,7

Zinsrückstände aus Hypotheken

Im Berichtsjahr sind aufgrund entsprechender Garantien und Bürgschaften keine rückständigen Zinsen aufgelaufen.

Zwangsmaßnahmen

Am 31.12.2002 waren anhängig	Zwangsversteigerungen	Zwangsverwaltungen	Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen	Anzahl der Fälle insgesamt	in 2002 durchgeführte Zwangsversteigerungen
• Wohnzwecken dienende Objekte	469	154	395	1.018	149
• gewerblich genutzte Objekte	70	63	57	190	39
Insgesamt	539	217	452	1.208	188

E. Sonstige Angaben

Konzernabschluss

Die DEPFA BANK plc, 3, Harbourmaster Place Dublin 1, Irland, stellt als Obergesellschaft des Konzerns einen Konzernabschluss nach den Vorschriften der US-GAAP (United States Generally Accepted Accounting Principles) auf, der in Übereinstimmung mit der EU-Bankbilanzrichtlinie (86/635/EWG) und der EU-Konzernrichtlinie (83/349/EWG) steht. In den Konzernabschluss ist die DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG sowie ihre konsolidierungspflichtigen Tochtergesellschaften einbezogen. Die Bank ist gemäß § 291 Abs. 1 HGB von der Aufstellung eines eigenen Konzernabschlusses befreit. Der Konzernabschluss ist bei der Obergesellschaft in Dublin erhältlich.

Wesentliche Unterschiede zwischen HGB und US-GAAP

Nachfolgend werden gemäß § 291 Abs. 2 Nr. 3 HGB die wesentlichen für die DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG relevanten Abweichungen zwischen deutschem Handelsrecht und US-GAAP dargestellt:

Wertpapiere

Nach SFAS 115 (Accounting for Certain Investments in Debt and Equity Securities) sind Wertpapiere abhängig vom Zweck des Ankaufs in drei Kategorien einzuteilen: Held-to-Maturity, Available-For-Sale und Trading.

Held-to-Maturity-Wertpapiere werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Im Rahmen der Bewertung von Available-for-Sale-Wertpapieren werden Marktwertveränderungen ergebnisneutral im Other Comprehensive Income, bei Trading-Wertpapieren ergebniswirksam erfasst. Dauerhafte Wertminderungen führen grundsätzlich zu ergebniswirksamen Buchwertabschreibungen. Spätere Wertaufholungen sind für Held-to-Maturity-Wertpapiere nicht zulässig. Wertaufholungen für Available-for-Sale-Wertpapiere sind über das Other Comprehensive Income, für Trading-Wertpapiere über die Gewinn- und Verlustrechnung vorzunehmen.

Die handelsrechtliche Untergliederung der Wertpapiere erfolgt in die Kategorien Anlagebestand, Liquiditätsreserve und Handelsbestand. Die Bewertung von Wertpapieren des Anlagebestandes erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Wertpapiere des Anlagebestandes sind im Falle dauerhafter Wertminderung abzuschreiben. Liegen nur vorübergehende Wertminderungen vor, kann auf die Abschreibung verzichtet werden. Wertpapiere der Liquiditätsreserve und Wertpapiere des Handelsbestandes sind gemäß den Regelungen zur Bewertung des Umlaufvermögens mit dem niedrigeren beizulegenden Wert anzusetzen. Sind die Gründe für die Abschreibung entfallen, besteht ein Wertaufholungsgebot.

Zurückgekaufte eigene Schuldverschreibungen

Eigene Wertpapiere führen nach US-GAAP zu einer bilanziellen Verminderung der ausstehenden Verbindlichkeiten. Dies geschieht unabhängig davon, ob diese Papiere zur Wiederveräußerung vorgesehen sind oder nicht. Der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungswert und Buchwert wird erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Der Wiederverkauf wird bilanziell als Neuemission behandelt.

Nach deutschem Handelsrecht werden eigene Schuldverschreibungen aktiviert und nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Der Rückkauf an sich führt hiernach zu keiner Erfolgswirksamkeit in der Gewinn- und Verlustrechnung. Erst bei Wiederveräußerung ergibt sich ggf. eine Erfolgswirkung.

Derivative Finanzinstrumente

Nach den Vorschriften von SFAS 133 sind alle Derivate bilanziell zu erfassen und erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten. Werden Derivate als Sicherungsgeschäfte eingesetzt, müssen umfangreiche Effektivitäts- und Dokumentationsanforderungen erfüllt werden, um die Regelung des Hedge Accounting in Anspruch nehmen zu können. Die Effektivität des Sicherungszusammenhangs ist mindestens alle 3 Monate nachzuweisen. Die Erfassung der Erfolgsbeiträge aus Grund- und Sicherungsgeschäft erfolgt in Abhängigkeit von der Sicherungswirkung des eingesetzten Derivats. Wird der Fair Value eines Grundgeschäftes im Rahmen eines Fair Value-Hedges abgesichert, werden die Fair Value-Änderungen des Derivats zusammen mit den auf das abgesicherte Risiko bezogenen Fair Value-Änderungen des Grundgeschäftes erfolgswirksam erfasst. Die Absicherung zukünftiger Zahlungsströme aus einem Grundgeschäft führt zur Bildung eines Cash-flow-Hedges. Die Fair Value-Änderungen aus dem Derivat (effektiver Anteil) werden erfolgsneutral im Other Comprehensive Income zwischengespeichert, ineffektive Teile der Fair Value-Änderungen sind sofort erfolgswirksam zu erfassen.

Nach deutschem Handelsrecht sind derivative Finanzinstrumente als schwebende Geschäfte nicht in der Bilanz zu erfassen. Eine Abbildung freistehender, nicht zu Sicherungszwecken eingesetzter Derivate erfolgt nur im Rahmen der handelsrechtlich gebotenen Bildung von Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Die bilanzielle Abbildung der Absicherung von Grundgeschäften, durch den Einsatz von Derivaten im Rahmen der Bildung von Bewertungseinheiten, unterliegt weniger strengen Voraussetzungen als nach US-GAAP. Eine bilanzielle Erfassung erfolgt, wenn aus dem derivativen Sicherungsgeschäft unrealisierte Verluste zu erwarten sind, die nicht durch unrealisierte Gewinne aus dem Grundgeschäft kompensiert werden. Bewertungen des Grundgeschäftes sind insoweit vorzunehmen, als keine kompensatorischen Effekte aus dem Derivat vorliegen.

Risikovorsorge

Eine nach § 340f und § 340g HGB zulässige Vorsorge für allgemeine Bankrisiken ist nach US-GAAP nicht möglich.

Sachanlagen

Sachanlagen werden nach US-GAAP mit den historischen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Außerplanmäßige Abschreibungen sind bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorzunehmen. Eine spätere Wertaufholung führt in US-GAAP nicht zu einer Zuschreibung.

Mit Ausnahme einer Zuschreibungspflicht nach vorherigen außerplanmäßigen Abschreibungen und der Zulässigkeit steuerlich motivierter Abschreibungen entsprechen die Vorschriften des HGB denen nach US-GAAP.

Latente Steuern

Nach US-GAAP sind latente Steuern auf alle Differenzen zwischen den steuerlichen Wertansätzen und den Wertansätzen in der Handelsbilanz zu bilden, unabhängig davon, wann sich die Differenzen ausgleichen (temporary concept).

Nach HGB werden Ergebnisdifferenzen, die sich voraussichtlich in absehbarer Zukunft umkehren (timing concept), mit latenten Steuern unterlegt. Es besteht ein Wahlrecht zum Ansatz aktiver latenter Steuern.

Pensionsrückstellungen

Der Ermittlung der Pensionsrückstellungen nach US-GAAP liegen zukunftsorientierte Annahmen wie Gehalts- und Rentenentwicklungen sowie Karriereerwartungen zu Grunde. Die Rechnungszinssätze sind am Kapitalmarkt orientiert. Der Periodenaufwand ermittelt sich aus den zum Periodenanfang prognostizierten Werten. Prognoseänderungen beeinflussen erst in der folgenden Periode die Rückstellungsdotierung.

Nach HGB sind keine zukunftsbezogenen Annahmen zu berücksichtigen. Der Rechnungszins orientiert sich am steuerlichen Diskontierungszins. Die Rückstellungshöhe und der daraus resultierende Periodenaufwand wird auf der Basis des am Jahresende mathematisch ermittelten Barwertes festgesetzt.

Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte und Treuhandverbindlichkeiten sind nach US-GAAP nicht bilanzierungsfähig.

**Organe der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG mit Angabe von Mitgliedschaften
in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien gem. § 285 Nr. 10 HGB**

Vorstand

Dr. Marcel Morschbach (ab 19.06.2002)

Carsten Samusch (ab 19.06.2002)

DEPFA Finance N.V.

Supervisory Director

Gerhard Bruckermann (Sprecher) (bis 19.06.2002)

Chairman und CEO der DEPFA BANK plc

DePfa-Bank Europe plc

Chairman des Board of Directors

DEPFA Capital Japan K. K.

Mitglied des Board of Directors

DEPFA Investment Bank Ltd.

Mitglied des Board of Directors

DEPFA USA Inc.

Chairman des Board of Directors

DZ Bank AG

Mitglied des Beirats

Karlsruher Rendite Beratungsgesellschaft

für Vermögensanlagen GmbH

Mitglied des Beirats

Karl-Heinz Glauner (Sprecher) (bis 19.06.2002)

Vorsitzender des Vorstands der Aareal Bank AG

Aareal-Bank France S.A.

Président du Conseil d'Administration
et Président Directeur Général

Aareal Financial Service spol s r. o.

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Aareal Financial Service Polska Sp. z o. o.

Mitglied des Aufsichtsrats

Aareal Financial Services USA Inc.

Mitglied des Board of Directors

Aareal First Financial Solutions AG

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

Aareal Hyp AG

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Aareal Hypotheken-Management GmbH

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Aareal Hypotheken Vermittlungs GmbH

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Aareal Partecipazioni S.p.A.

Präsident

Aareal Property Services B.V.

Mitglied des Aufsichtsrats

Aareon AG

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG

stellv. Vorsitzender des Beirats

Entenial S.A.

Mitglied des Conseil d'Administration

Mansart Conseil S.A.S.

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Dr. Reinhard Grzesik (bis 19.06.2002)

Mitglied des Board of Directors der DEPFA BANK plc

DePfa-Bank Europe plc

Mitglied des Board of Directors

Jürgen Karcher (bis 19.06.2002)

Mitglied des Board of Directors der DEPFA BANK plc

Cytonet GmbH

Mitglied des Aufsichtsrats

DePfa-Bank Europe plc

Mitglied des Board of Directors

Dr. Thomas M. Kolbeck (bis 19.06.2002)

Vice Chairman und Deputy CEO der DEPFA BANK plc

DePfa-Bank Europe plc

Mitglied des Board of Directors

DEPFA Capital Japan K. K.

Mitglied des Board of Directors

DEPFA Investment Bank Ltd.

CEO u. Chairman des Board of Directors

DEPFA USA Inc.

Mitglied des Board of Directors

Imperial Grundstücks AG i. Gr.

Mitglied des Aufsichtsrats

Michael A. Kremer (bis 19.06.2002)

CEO der DB Real Estate Management GmbH

(bis 31.01.2003 stellv. Vorsitzender des Vorstandes der Aareal Bank AG)

Aareal Bau-, Verwaltungs- und Controlling GmbH

Vorsitzender des Beirats

Aareal Immobilien Management AG

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Aareon AG

Mitglied des Aufsichtsrats

Aareal First Financial Solutions AG

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Aareal Property Services B.V.

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Aareal Financial Services USA Inc.

Mitglied des Board of Directors

AVECO Holding AG

Mitglied des Aufsichtsrats

Deutsche Bau- und Grundstücks AG

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Deutsche Operating Leasing AG

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Deutsche Structured Finance GmbH

Vorsitzender des Beirats

Eurofactor AG

Mitglied des Aufsichtsrats

Terrain-Aktiengesellschaft Herzogpark

Mitglied des Aufsichtsrats

Aufsichtsrat

Dr. Thomas M. Kolbeck (ab 19.06.2002)

Vorsitzender

Vice Chairman und Deputy CEO der DEPFA BANK plc

DePfa-Bank Europe plc

Mitglied des Board of Directors

DEPFA Capital Japan K. K.

Mitglied des Board of Directors

DEPFA Investment Bank Ltd.

CEO u. Chairman des Board of Directors

DEPFA USA Inc.

Mitglied des Board of Directors

Imperial Grundstücks AG i. Gr.

Mitglied des Aufsichtsrats

Dr. Jürgen Westphal (bis 19.06.2002)

Vorsitzender

Minister a.D., Rechtsanwalt, Richter am Hamburgischen Verfassungsgericht

Aareal Bank AG

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Treugarant AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Jürgen Karcher (ab 19.06.2002)

stellv. Vorsitzender

Mitglied des Board of Directors der DEPFA BANK plc

DePfa-Bank Europe plc

Mitglied des Board of Directors

Cytonet GmbH

Mitglied des Aufsichtsrats

Christian Graf von Bassewitz (bis 19.06.2002)

stellv. Vorsitzender

Persönlich haftender Gesellschafter der Bankhaus Lampe KG und Sprecher der Geschäftsleitung

Aareal Bank AG

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

Condor/Optima-Versicherungen

Vorsitzender der Aufsichtsräte

DEPFA Holding Verwaltungsgesellschaft mbH

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

Deutscher Ring Krankenversicherungsverein a. G.

Mitglied des Aufsichtsrats

Lampebank International S.A.

Mitglied des Verwaltungsrats

Universal-Investment-Gesellschaft mbH

Mitglied des Aufsichtsrats

York-Detlef Bülow (bis 30.09.2002)

stellv. Vorsitzender (bis 19.06.2002)

Aareal Bank AG

Aareal Bank AG

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

Dr. Matthias Achilles (ab 19.06.2002)

DEPFA BANK plc

Dr. Richard Brantner (bis 19.06.2002)

Aareal Bank AG

Mitglied des Aufsichtsrats

DePfa-Bank Europe plc

Vice Chairman des Board of Directors

DEPFA BANK plc

Mitglied des Board of Directors (non-executive)

Gerhard Bruckermann (ab 19.06.2002)

Chairman und CEO der DEPFA BANK plc

DePfa-Bank Europe plc

Chairman des Board of Directors

DEPFA Capital Japan K. K.

Mitglied des Board of Directors

DEPFA Investment Bank Ltd.

Mitglied des Board of Directors

DEPFA USA Inc.

Chairman des Board of Directors

DZ Bank AG

Mitglied des Beirats

Karlsruher Rendite Beratungsgesellschaft

für Vermögensanlagen GmbH

Mitglied des Beirats

Dermot Cahillane (ab 19.06.2002)

Mitglied des Board of Directors der DEPFA BANK plc

DBE Property Holdings Ltd.

Mitglied des Board of Directors

DEPFA Asset Management Ireland Ltd.

Mitglied des Board of Directors

DEPFA ACS BANK

non-executive Chairman

DePfa-Bank Europe plc

Mitglied des Board of Directors

DEPFA Capital Japan K. K.

Mitglied des Board of Directors

DEPFA Hold One Ltd.

Mitglied des Board of Directors

DEPFA Hold Two Ltd.

Mitglied des Board of Directors

DEPFA Hold Three Ltd.

Mitglied des Board of Directors

DEPFA Hold Four Ltd.

Mitglied des Board of Directors

DEPFA Investment Bank Ltd.

Mitglied des Board of Directors

DEPFA Investment Fund plc

Mitglied des Board of Directors

Fulvio Dobrich (ab 19.06.2002)

Mitglied des Board of Directors der DEPFA BANK plc

DePfa-Bank Europe plc	Mitglied des Board of Directors
DEPFA Funding Trust	Mitglied des Board of Directors
DEPFA Funding LLC	Mitglied des Board of Directors
DEPFA Investment Bank Ltd.	Mitglied des Board of Directors
DEPFA UK Ltd.	Chairman des Board of Directors
DEPFA USA Inc.	Präsident und CEO
DLF Inc.	Mitglied des Board of Directors
Galileo Fund Ltd.	Mitglied des Board of Directors
Malibar Ltd.	Mitglied des Board of Directors
Segundo Ltd.	Mitglied des Board of Directors

Wolfgang Fauter (bis 19.06.2002)

Vorsitzender der Vorstände der Deutsche Ring Versicherungen

Aareal Bank AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Atlantic Union Insurance S.A.	stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats
DEPFA Holding Verwaltungsgesellschaft mbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Deutscher Ring Bausparkasse AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
OVV Vermögensberatungs-AG Köln	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Roland Rechtsschutz-Versicherungs-AG	Mitglied des Aufsichtsrats
ZEUS Service AG	stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
ZEUS Vermittlungsgesellschaft mbH	stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

Erwin Flieger (bis 19.06.2002)

**Vorsitzender der Vorstände der Bayerischen Beamten Lebensversicherung a.G.
und der BBV Holding AG**

Aareal Bank AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Bayerische Beamten Versicherung AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
BBV Krankenversicherung AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
DEPFA Holding Verwaltungsgesellschaft mbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Neue Bayerische Beamten Lebensversicherung AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats

Lutz Freitag (bis 19.06.2002)

Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V.

Aareal Bank AG	Mitglied des Aufsichtsrats
----------------	----------------------------

Dr. Reinhard Grzesik (ab 19.06.2002)

Mitglied des Board of Directors der DEPFA BANK plc

DePfa-Bank Europe plc

Mitglied des Board of Directors

Willie Holohan (ab 19.06.2002)

DEPFA BANK plc

DEPFA Finance N.V.

Managing Director

James Hyde (ab 19.06 bis 02.08.2002)

Dr. Friedrich Adolf Jahn (bis 19.06.2002)

Aareal Bank AG

Mitglied des Aufsichtsrats

Siegfried Just (bis 30.06.2002)

Aareal Bank AG

Noel Kavanagh (ab 19.06.2002)

DEPFA BANK plc

Dieter Kirsch (bis 30.09.2002)

Aareal Bank AG

Dr. Thilo Köpfler (bis 19.06.2002)

Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft mbH

TLG Treuhand Liegenschaftsgesellschaft mbH

Immobilien Anlagen und Entwicklung AG

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Mitglied des Aufsichtsrats

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Dr. Peter Lammerskitten (bis 19.06.2002)

Aareal Bank AG

burgbad AG

Aareon AG

GWE Gesellschaft für Wohnen im Eigentum AG

Mitglied des Aufsichtsrats

Vorsitzender des Aufsichtsrats

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

Mitglied des Aufsichtsrats

Paul Leatherdale (ab 19.06.2002)

DEPFA BANK plc

Jacques Lebhar (bis 19.06.2002)

Président du Conseil d'Administration et Président-Directeur Général d'Entenial

Aareal Bank AG	Mitglied des Aufsichtsrats
DEPFA Holding Verwaltungsgesellschaft mbH	Mitglied des Aufsichtsrats
ESL & Network SA	Membre du Conseil de Surveillance
ESL & Network (France) SAS	Membre du Conseil d'Administration
La Mondiale Partenaire	Administrateur
Vauban Mobilisations Garanties	Membre du Conseil de Surveillance

Nicholas Pheifer (ab 19.06.2002)

DEPFA BANK plc

Hans-Georg Poetzsch (bis 30.09.2002)

Aareal Bank AG	
CP-Medienwerbung AG	Mitglied des Aufsichtsrats

Volker Rapp (ab 19.06.2002)

DEPFA BANK plc

Noel Reynolds (ab 19.06.2002)

DEPFA BANK plc

Hans W. Reich (bis 19.06.2002)

Sprecher des Vorstandes der Kreditanstalt für Wiederaufbau

Aareal Bank AG	Mitglied des Aufsichtsrats
ALSTOM GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
DEPFA BANK plc	Board of Directors (non-executive)
Deutsche Energie-Agentur GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Deutsche Telekom AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Haftpflicht-Unterstützungs-Kasse kraftfahrender Beamter Deutschlands a. G.	Mitglied des Aufsichtsrats
Hermes Kreditversicherungs-AG	Beirat
HUK-COBURG-Allgemeine-Versicherungs-AG	Beirat

HUK-COBURG-Holding AG	Mitglied des Aufsichtsrats
IKB Deutsche Industriebank AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Krankenversicherungs-AG der HUK-COBURG	Beirat
Lebensversicherungs-AG der HUK-COBURG	Beirat
RAG AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Thyssen Krupp Steel AG	Mitglied des Aufsichtsrats

Rudi Ditmar Runkel (bis 30.09.2002)

Aareal Bank AG

Dr. Rolf Schmid (bis 19.06.2002)

Jürgen Strauß (bis 19.06.2002)

Hauptbevollmächtigter für Deutschland der Schweizerische Lebensversicherungs- und Rentenanstalt

Aareal Bank AG	Mitglied des Aufsichtsrats
DEPFA Holding Verwaltungsgesellschaft mbH	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Swiss Life Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Swiss Life Partner Aktiengesellschaft	
Vermittlung von Versicherungen und Finanzdienstleistungen	Vorsitzender des Aufsichtsrats

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans Tietmeyer (bis 19.06.2002)

Aareal Bank AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Bank für internationalen Zahlungsverkehr (BIZ)	Mitglied im Board of Directors
BDO Deutsche Warentreuhand AG	Mitglied des Aufsichtsrats
DEPFA BANK plc	Mitglied des Board of Directors (non-executive)
DWS Investment GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA	Mitglied des Aufsichtsrats
ING Groep N.V.	Mitglied des Aufsichtsrats

Rainer Ulm

DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG

Reiner Wahl (bis 30.09.2002)

Aareal Bank AG	
Aareal Bank AG	Mitglied des Aufsichtsrats

Gesamtbezüge der Organe der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG

Die Gesamtbezüge des Vorstands der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG beliefen sich im Geschäftsjahr 2002 auf 23.200.111,61 €, wovon 19.828.631,68 € auf ehemalige Long/Short Term Incentive-Pläne entfallen. Die Vergütung des Aufsichtsrats betrug 534.117,21 €.

Ruhegelder an frühere Vorstandsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene wurden in Höhe von 822.151,79 € gezahlt. Die Pensionsrückstellung für diesen Personenkreis betrug zum 31.12.2002 10.787.141,00 €.

Kredite an Organe der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG

Ausleihungen an Mitglieder des Vorstands bestanden Ende 2002 keine, an Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 43.210,99 €.

Entsprechenserklärung gem. § 161 AktG

Die gem. § 161 Aktiengesetz vorgeschriebene Entsprechenserklärung wurde von Vorstand und Aufsichtsrat abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

Zahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter

	weiblich	männlich	gesamt
Vollzeitbeschäftigte	52	69	121
Teilzeitbeschäftigte	8	1	9
Festangestellte Mitarbeiter/innen	60	70	130
Aushilfen	2	2	4
Auszubildende	–	–	–

Ergebnisverwendung

Der Hauptversammlung wird folgende Verwendung des Bilanzgewinns in Höhe von 318.000 T€ vorgeschlagen:

	T€
Zuweisung zu anderen Gewinnrücklagen	309.000
Zahlung einer Dividende von 0,25 € je Aktie auf das Grundkapital von 36.000.000 Aktien	9.000
Insgesamt	318.000

Frankfurt, den 27. März 2003

Der Vorstand



Dr. Marcel Morschbach



Carsten Samusch

Bestätigungsvermerk

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir am 4. April 2003 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2002 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Bank und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 4. April 2003

PwC Deutsche Revision
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



(Rausch)
Wirtschaftsprüfer



(ppa. Mauß)
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG, Frankfurt

Der Aufsichtsrat hat während des Berichtszeitraumes die Geschäftsführung der Bank laufend überwacht. Er hat sich vom Vorstand durch schriftliche und mündliche Berichte über die Entwicklung der Geschäfte, die Lage des Unternehmens, die beabsichtigte Geschäftspolitik und Unternehmensplanung und über bedeutsame Geschäftsvorfälle unterrichten lassen und die nach Gesetz oder Satzung zustimmungsbedürftigen Vorgänge behandelt.

Die Aktionäre hatten im Oktober 2001 der Trennung der DEPFA-Gruppe in eine Staatsfinanzierungs- und eine Immobilienbank mit großer Mehrheit zugestimmt. Der Teilungsprozess wurde im Juni 2002 abgeschlossen. Konzernobergesellschaft der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG ist die DEPFA Bank plc, die international als reiner Staatsfinanzierer tätig ist.

Es fanden insgesamt 18 Sitzungen des Aufsichtsrats und der aus seiner Mitte gebildeten Ausschüsse, des Präsidialausschusses, des Bilanz- und Prüfungsausschusses, des Personalausschusses, des Ausschusses für Kredit- und Marktrisiken, des Kapitalmaßnahmenausschusses und des Eilausschusses statt. Der Personalausschuss hat drei, der Ausschuss für Kredit- und Marktrisiken eine, der Kapitalmaßnahmenausschuss eine und der Eilausschuss keine Sitzung durchgeführt.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 19. Juni 2002 seine Geschäftsordnung dahingehend geändert, dass der Aufsichtsrat künftig nur noch einen Präsidial- und einen Bilanz- und Prüfungsausschuss hat.

In den fünf Sitzungen des **Aufsichtsrats** wurden auch Fragen der Geschäftspolitik und der Unternehmensplanung erörtert. Der **Präsidialausschuss** steht dem Vorstand beratend zur Verfügung und bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats vor. Außerdem beurteilt der Präsidialausschuss die innere Verfassung des Unternehmens im Hinblick auf operative Stärke, Effizienz und Potentiale zur Erreichung der gesteckten Ziele, überprüft regelmäßig die Corporate Governance-Grundsätze und bereitet die Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG vor, außerdem nimmt der Ausschuss den Bericht des Vorstands über die von der Revision getroffenen Feststellungen entgegen. In seinen vier Sitzungen hat er insbesondere grundsätzliche personalpolitische Fragen und die vom Vorstand vorgelegte Strategie erörtert. Seit dem 19. Juni 2002 ist der Präsidialausschuss außerdem für die bis dahin dem Personal-, dem Kredit- und Marktrisiken-, dem Kapitalmaßnahmen- und dem Eilausschuss obliegenden Aufgaben zuständig. Das bedeutet, dass der Präsidialausschuss unter anderem auch Personalentscheidungen des Aufsichtsrats vorbereitet, über berichtspflichtige Kredite und sonstige nach Gesetz oder Geschäftsordnung für den Vorstand zustimmungsbedürftige Vorgänge, wie zum Beispiel Beteiligungserwerbe, entscheidet und über Kapitalmaßnahmen berät. Der **Bilanz- und Prüfungsausschuss** hat in seinen vier Sitzungen Fragen der Rechnungslegung und der Anlage und Durchführung der Prüfung der Gesellschaft behandelt. Ihm obliegen insbesondere die Auswertung der Prüfungsberichte des Abschlussprüfers und die Berichterstattung an den Aufsichtsrat über seine Bewertungen der Darlegungen der Prüfungsberichte im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft. Er hat sich mit den Berichten eingehend befasst und sie mit dem Abschlussprüfer vor allem im Hinblick auf die Angemessenheit der Wertansätze, insbesondere der Risikovorsorge, erörtert.

Die PWC Deutsche Revision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, die vom Aufsichtsrat den Prüfungsauftrag erhielt, hat den Jahresabschluss der Bank zum 31. Dezember 2002 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht geprüft und uneingeschränkt bestätigt. Die jeweiligen Berichte des Abschlussprüfers wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern zur Einsicht ausgehändigt. Der Aufsichtsrat schließt sich dem Prüfungsergebnis vollumfänglich an.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. An der Verhandlung des Aufsichtsrats über diese Vorlagen hat der Abschlussprüfer teilgenommen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen. Er hat sich über die im Jahresabschluss ausgeübten und im Anhang dargestellten Wahlrechte informiert und billigt sie. Im Rahmen seiner Überwachungstätigkeit sind ihm keine Risiken bekannt geworden, denen nicht im Jahresabschluss ausreichend Rechnung getragen ist. Der Aufsichtsrat schließt sich den Beurteilungen des Vorstands im Lagebericht an. Er billigt den Jahresabschluss, der damit festgestellt ist, und schließt sich dem Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns an.

Der Vorstand hat den Bericht über die Beziehungen der Bank zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG und den hierzu von den Abschlussprüfern erstellten Bericht dem Aufsichtsrat vorgelegt. Die Abschlussprüfer haben folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war oder Nachteile ausgeglichen worden sind,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Der Aufsichtsrat hat den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen geprüft und den hierzu erstatteten Prüfungsbericht zustimmend zur Kenntnis genommen. Er erhebt nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Die Herren Gerhard Bruckermann, Karl-Heinz Glauner, Dr. Reinhard Grzesik, Michael A. Kremer, Jürgen Karcher und Dr. Thomas M. Kolbeck sind aus ihren Ämtern als Mitglieder des Vorstands mit Wirkung zum 19. Juni 2002 ausgeschieden.

Zu neuen Mitgliedern des Vorstands wurden die Herren Dr. Marcel Morschbach und Carsten Samusch bestellt.

Die Herren Dr. Westphal, Graf von Bassewitz, Dr. Brantner, Fauter, Flieger, Freitag, Dr. Jahn, Dr. Köpfler, Dr. Lammerskitten, Lebharr, Reich, Dr. Schmid, Strauß und Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Tietmeyer haben ihre Mandate als Mitglieder des Aufsichtsrats mit Wirkung zum 19. Juni 2002 niedergelegt.

Der Aufsichtsrat wurde von Aktionärsseite aus dem Konzernbereich besetzt. Zu neuen Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden die Herren Dr. Matthias Achilles, Gerhard Bruckermann, Dermot Cahillane, Fulvio Dobrich, Dr. Reinhard Grzesik, Willie Holohan, James Hyde, Jürgen Karcher, Noel Kavanagh, Dr. Thomas M. Kolbeck, Paul Leatherdale, Nicholas Pheifer, Volker Rapp und Noel Reynolds gewählt. Herr Hyde hat den Konzern verlassen und sein Mandat zum 2. August 2002 niedergelegt.

In seiner an die Hauptversammlung anschließenden konstituierenden Sitzung hat der Aufsichtsrat Herrn Dr. Kolbeck zu seinem Vorsitzenden und Herrn Karcher zu seinem stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die Herren Bülow, Just, Kirsch, Poetzsch, Runkel und Wahl sind seit der Trennung der Banken nicht mehr Mitarbeiter der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG. Herr Just hat sein Mandat zum 30. Juni 2002, die übrigen Herren haben ihre Mandate zum 30. September 2002 niedergelegt.

Der Aufsichtsrat dankt allen ausgeschiedenen Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats für die wertvolle und zum Teil jahrelange vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Die Hauptversammlung am 19. Juni 2002 hat die Verkleinerung des Aufsichtsrats von 21 auf 6 Mitglieder beschlossen, die zum 29. Mai 2003 wirksam wird. Für diesen Fall hat die Hauptversammlung bereits die Herren Bruckermann, Dr. Grzesik, Karcher und Dr. Kolbeck gewählt. Die Neuwahl von zwei Arbeitnehmervertretern wird Ende April 2003 durchgeführt.

Frankfurt, im April 2003

Der Aufsichtsrat



Dr. Thomas M. Kolbeck
(Vorsitzender)

DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG

Der Vorstand

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats

Entsprechenserklärung gem. § 161 AktG

**Vorstand und Aufsichtsrat der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG geben hiermit folgende
Entsprechenserklärung ab:**

Die DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG entspricht den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex mit den nachfolgend aufgeführten Ausnahmen:

Der Vorstand der Gesellschaft besteht aus zwei Personen, ein Vorsitzender oder ein Sprecher ist nicht gewählt.

(Kodex Ziffer 4.2.1.)

Die Vergütung des Vorstands umfaßt fixe und variable Bestandteile. Als variable Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung dienen insbesondere Aktienoptionen oder vergleichbare Gestaltungen. Diese sollen auf vorher festgelegte Vergleichsparameter bezogen sein. Um eine gewisse Flexibilität zu erhalten, ist eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele nicht ausdrücklich ausgeschlossen.

(Kodex Ziffer 4.2.3.)

Es ist nicht beabsichtigt, die konkrete Ausgestaltung eines Aktienoptionsplanes oder eines vergleichbaren Vergütungssystems über das aktienrechtlich Erforderliche hinaus bekannt zu machen.

(Kodex Ziffer 4.2.3)

Eine Wiederbestellung von Vorstandsmitgliedern vor Ablauf eines Jahres vor dem Ende der Bestell-dauer bei gleichzeitiger Aufhebung der laufenden Bestellung kann auch ohne Vorliegen besonderer Umstände erfolgen.

(Kodex Ziffer 5.1.2.)

Eine Altersgrenze für Vorstandsmitglieder ist nicht festgelegt.

(Kodex Ziffer 5.1.2.)

Eine Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder ist nicht festgelegt.

(Kodex Ziffer 5.4.1)

Bei der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG sind mehr als zwei ehemalige Vorstandsmitglieder im Aufsichtsrat der Bank vertreten. Durch die Umstrukturierung der Bank sind nunmehr ehemalige Mitglieder des Vorstands der Bank Vorstandsmitglieder der Muttergesellschaft und zugleich Mitglieder im Aufsichtsrat der Pfandbriefbank geworden.

(Kodex Ziffer 5.4.2.)

Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats beträgt einheitlich pro Jahr € 500. Eine erfolgsorientierte Vergütung wird nicht gezahlt.

(Kodex Ziffer 5.4.5.)

Die DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG beabsichtigt nicht, im Bericht des Aufsichtsrats zu veröffentlichen, falls ein Mitglied des Aufsichtsrats in einem Geschäftsjahr an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen hat, da der Aufsichtsrat der Bank künftig lediglich aus 6 Aufsichtsratsmitgliedern besteht.

(Kodex Ziffer 5.4.6.)

Die DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG erstellt keinen Konzernabschluss, so dass die damit im Zusammenhang stehenden Empfehlungen des Kodex keine Anwendung finden.

Frankfurt, 6. Dezember 2002



(Carsten Samusch)



(Dr. Marcel Morschbach)



(Dr. Thomas M. Kolbeck)

++ DEPFA BANK · PERFORMANCE IN FINANCE ++ DEPFA BANK · PERFORMANCE IN FINANCE ++ DEPFA BANK · PERFORMANCE IN FINANCE ++



DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG

An der Welle 5 · D-60322 Frankfurt
Telefon +49 69 50 06-0 · Telefax +49 69 50 06-1331
info@depfa.com · www.depfa.com